

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Ausgabe A

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 54

Berlin, den 5. Dezember 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 20. 11. 42 Ausnahme vom Verbot der deutschspr. Auslandspresse. S. 353. — RdErl. 21. 11. 42 Grußpflicht u. Grußverhältnis. S. 353. — RdErl. 21. 11. 42 Ausbildungsbeihilfen. S. 354. — RdErl. 24. 11. 42 Zuständigkeit des Insp. dSD. in Salzburg f. d. Bereiche der Kdr. in Salzburg u. Veldes. S. 354. — RdErl. 25. 11. 42 Neu-Regelung d. ärztl. Untersuchung der zum ausw. Einsatz gelangenden Angehörigen dSPudSD. S. 354. — RdErl. 25. 11. 42 Benutzung d. Nachrichtenanlagen. S. 355.

Verschiedenes. RdErl. 20. 11. 42 In Verlust geratene Reiseschreibmaschinen. S. 355. — RdErl. 23. 11. 42 Erholungs- u. Kameradschaftsheimen für Angehörige dSPudSD. S. 355. — Verlust von Fahrberechtigungsausweisen. S. 355. — Verlust von Dienstausweisen, Hausausweisen u. Erkennungsmarken. S. 356.

Personalmitteilungen. S. 356.

Sicherheitspolizei und SD

Ausnahme vom Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse.

RdErl. des RFH u. ChdDtPol. i. RmDI. vom 20. 11. 1942
— S IV C 3 Nr. 4532/F —

Im Benehmen mit dem Reichsmin. f. Volksaufklärung u. Propaganda wird nachstehend aufgeführte Zeitung ab sofort von dem allgemeinen Verbot der deutschsprachigen Auslandspresse ausgenommen:

„Hrvatska dojavna sluzba“, Agram,
— deutschsprachige kroatische Korrespondenz —

Sicherheitspolizei u. SD: — Befehlsblatt S. 353.

Grußpflicht und Grußverhältnis.

RdErl. des RSHA. vom 21. 11. 1942
— I A 1 a Nr. 836/42-351-19 —

(1) Es besteht Veranlassung, erneut auf die getragene Beachtung des nachstehend wiedergegebenen Befehls des Reichsführers-**SS** vom 31. 5. 1939 hinzuweisen und allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD eine betont straffe soldatische Haltung zur Pflicht zu machen.

„**SS** - Befehl.

In letzter Zeit ist mir das schlechte Grüßen von **SS**- und Polizeiangehörigen aufgefallen.

Ich verlange insbesondere, daß der Gruß nicht mit abgewinkeltem, lässig gebogenem Arm, sondern soldatisch mit ausgestrecktem Arm und ausgestreckter Hand durchgeführt wird.

SS- und Polizeiangehörige, die lässig grüßen, sind zu bestrafen.

Der Reichsführer-**SS**
gez. H. Himmler.“

(2) Weiter wird erwartet, daß von den uniformierten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD mit den uniformierten Angehörigen der Waffen-**SS**, der Wehrmacht, der staatl. und Parteidienststellen ein kameradschaftlicher Gruß gewechselt wird.

(3) Der Gruß ist ein Zeichen gegenseitiger Achtung und Kameradschaft. Inhaber höherer Dienstgrade sind, soweit die Rangabzeichen sie als solche kenntlich machen, von den niederen Dienstgraden zuerst zu grüßen. Ist ein Erkennen nicht möglich, so gebietet es die Anstandspflicht, daß der an Lebensjahren Jüngere den Älteren zuerst grüßt.

(4) Das OKW. hat in einer Verfügung an die militärischen Dienststellen vom 1. 10. 1942 zum Ausdruck gebracht, daß im Interesse des Ansehens des Großdeutschen Reiches und als Ausdruck der engen Verbundenheit ein kameradschaftlicher Grußwechsel zwischen allen außerhalb der Reichsgrenzen eingesetzten Deutschen eine Selbstverständlichkeit ist. Von allen Wehrmachtsangehörigen wird nach der Verfügung des OKW. erwartet, daß sie gegenseitig und mit den Angehörigen der staatl. und Parteidienststellen, die durch eine einheitliche Kleidung oder durch Abzeichen als solche kenntlich sind, einen kameradschaftlichen Gruß wechseln. Hierbei wird als selbstverständlich angenommen, daß in der Art des Grußes gegenüber den weiblichen Angehörigen des Wehrmachtsgefolges und der staatl. und Parteidienststellen die Achtung vor der deutschen Frau zum Ausdruck kommt.

(5) Das nach der Verfügung des OKW. von den Wehrmachtsangehörigen hinsichtlich des Grußwechsels zwischen den außerhalb der Reichsgrenzen eingesetzten Deutschen geforderte Verhalten wird auch allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD zur Pflicht gemacht.

(6) Dieser Erlaß ist allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD halbjährlich — bei Neueinstellungen sofort nach Dienstantritt — bekanntzugeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 353.

Ausbildungsbeihilfen.

RdErl. des RSHA. vom 21. 11. 1942

— I A 6 Nr. 1064/42 —

I.

Der Reichsmin. der Finanzen hat in Nr. 23 des Reichssteuerblattes von 1942 die Richtlinien für die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen veröffentlicht. Im Hinblick auf die Bedeutung dieser Maßnahme des Reiches für kinderreiche Familien, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene wird auf die nachstehenden wesentlichsten Voraussetzungen für die Zahlung der Ausbildungsbeihilfe hingewiesen:

1. Die Ausbildungsbeihilfe ist ein Teil des Familienlastenausgleiches. Das Einkommen und das Vermögen des Antragstellers und der Kinder sind für ihre Gewährung ohne Bedeutung.
2. Die Ausbildungsbeihilfe wird Familien mit vier oder mehr Kindern für alle Kinder gezahlt, sofern diese nach ihrem Ausbildungsstand hierfür in Frage kommen.

In bestimmten Fällen wird die Ausbildungsbeihilfe auch ohne Rücksicht auf die Kinderzahl gewährt, z. B. an Kriegsbeschädigte, an alleinstehende Frauen und an Vollwaisen.

3. Die Beihilfe wird nur gewährt für eine Ausbildung, die die Grundlage für die Ausübung eines Lebensberufes bildet, und zwar nur zum Schulbesuch. Für die praktische Berufsausbildung kommt sie nicht in Frage. Als Schulen im Sinne der Richtlinien gelten Hauptschulen, mittlere oder höhere Schulen, Lehrerbildungsanstalten, Berufsfachschulen, Berufsfachlehrgänge, Fachschulen, Fachlehrgänge und Hochschulen.

4. Es werden als Ausbildungsbeihilfe gewährt:

- a) Beihilfe für das Schulgeld, für die Lehrgebühren oder für die Studiengebühren in Höhe des tatsächlich von dem Berechtigten aufzuwendenden Betrages.
- b) Beihilfe für die Lebenshaltungskosten, die als Voll- oder Beihilfe in verschiedener Höhe je nach der Art der Schule, die besucht wird, gewährt werden kann. (Bei Besuch von Hauptschulen, mittleren und höheren Schulen:

Teilbeihilfe: 30,— RM mtl.,

Vollbeihilfe: durchschnittlich 40,— RM monatlich;

bei Besuch von Fachschulen oder Hochschulen:

Teilbeihilfe: 180,— RM f. d. Studienhalbjahr,

Vollbeihilfe: 300,— RM f. d. Studienhalbjahr.)

- c) Beihilfe für Fahrtkosten in Höhe der Kosten, die tatsächlich erforderlich sind.

- d) Beihilfe für Lernmittelkosten in Höhe von 20,— RM für das Schuljahr oder für das Lehrhalbjahr oder in Höhe von 30,— RM für das Studienhalbjahr.

- e) Alle Arten der Ausbildungshilfe können nebeneinander gewährt werden.

5. Der Antrag auf Gewährung von Ausbildungsbeihilfen ist zu stellen:

- a) beim Besuch von Hochschulen, mittleren oder höheren Schulen, Lehrerbildungsanstalten, Berufsfachschulen, Fachschulen, Berufslehrgängen und Fachlehrgängen bei der Schule oder Anstalt, die das Kind besucht oder besuchen soll,

- b) beim Besuch von Hochschulen beim Finanzamt, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat.

Die erforderlichen Antragsvordrucke sind bei den Schulen und den Finanzämtern unentgeltlich erhältlich.

II.

(1) Denjenigen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, die als Berater für Hinterbliebene eingesetzt sind, mache ich es zur besonderen Pflicht, darauf hinzuwirken, daß den ihrer Sorge anvertrauten Personen die aus den vorstehenden Richtlinien sich ergebenden Vorteile zuteil werden. Sie haben die alleinigen Frauen oder Vollwaisen tatkräftig bei der Antragstellung zu unterstützen und irgendwelchen Schwierigkeiten durch persönliche Verhandlungen mit den Behörden zu beheben, sofern dieses nach Richtlinien möglich ist.

(2) Einzelheiten über die Antragstellung und über die erforderlichen Unterlagen zu denträgen können jederzeit bei den Antragstellern (Schulen oder Finanzämtern) in Erfahrung gebracht werden, wenn die grundsätzlichen Voraussetzungen (wie unter I ausgeführt) gegeben sind.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 353.

Zuständigkeit des Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Salzburg für die Bereiche der Kommandeure in Marburg und Veldes.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 24. 11. 1942

— II A 1 Nr. 856/42-165 —

Nachdem der vorübergehend eingesetzte Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Veldes seinen Sonderauftrag erledigt hat und diese Dienststelle nicht mehr besteht, werden die Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD in Marburg und in Veldes wieder dem Inspekteur der Sich.Pol. u. des SD in Salzburg unterstellt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 353.

Neuregelung der ärztlichen Untersuchung der auswärtigen Einsatz gelangenden Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 25. 11. 1942

— I A 1 d Nr. 869/42-352-7 —

(1) Es hat sich in der letzten Zeit häufig gezeigt, daß zum auswärtigen Einsatz abgeordnete Männer, die vor der Inmarschsetzung ärztlicherseits als einsatzfähig befunden waren, sich im Einsatzgebiet sofort in ärztliche Behandlung begeben und zurückbeordert werden mußten. Einestheils haben diese Männer im Bestreben, unbedingt zum Einsatz zu kommen, dem untersuchenden Arzt bestehende gesundheitliche Störungen verschwiegen, andernteils haben die veränderten Lebensbedingungen des Einsatzgebietes, der in geordneten Verhältnissen nicht wahrgenommenen Gesundheitsstörung zum Durchbruch verholfen und zur Einsatzunfähigkeit geführt (hauptsächlich Magen-, Darm- und Zahnkrankheiten).

(2) Das bisher allgemein übliche ärztliche Schlußurteil „einsatzfähig“ bzw. „nicht einsatzfähig“ läßt im Hinblick auf die klimatischen und lebensmäßigen

Unterschiede der einzelnen Einsatzgebiete ein klares Bild über die Verwendungsmöglichkeiten des einzusetzenden Mannes nicht mehr zu, da z. B. ein für den Norden unbrauchbarer Mann im Osten durchaus voll verwendungsfähig sein kann.

(3) Die Beurteilung der körperlichen Einsatzfähigkeit ist daher ab sofort nach den Bestimmungen der Wehrmacht durchzuführen („Ärztliche Anweisung zur Beurteilung der Kriegsbrauchbarkeit“). Diese Männer gelangen entsprechend ihrem Tauglichkeitsgrad (kv = kriegsverwendungsfähig, gvF. = garnisonverwendungsfähig Feld, gvH. = garnisonverwendungsfähig Heimat) zum Einsatz.

(4) In der Regel werden zu den Einsatzkommandos kv-Leute abgestellt, während bei den übrigen Einsatzdienststellen ggf. auch gvF. befundene Angehörige der Sich.Pol. u. des SD verwendet werden können. GvH-Leute können bei Stäben und Kommandodienststellen (soweit dort nicht gvF.-Leute erforderlich sind) eingesetzt werden.

(5) GvH. und gvF. befundene Männer haben sich nach einer vom untersuchenden Arzt festzusetzenden Frist erneut zur Untersuchung zu stellen.

Die Vorschrift „Ärztliche Anweisung zur Beurteilung der Kriegsbrauchbarkeit“ ist örtlich zu treffen. Soweit die Beschaffung nicht möglich ist, die Vorschrift vom RSHA. — I San. — anzuwenden.

Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 354.

Benutzung der Nachrichtenanlagen.

RdErl. des RSHA. vom 25. 11. 1942

— II D 1 Nr. 2024/42 —

Der nachstehend abgedruckte Befehl des RFH u. ChdDtPol. i. RmDI. vom 25. 10. 1942 wird zur Kenntnisnahme und genauesten Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 355.

Verschiedenes

In Verlust geratene Reiseschreibmaschinen.

RdErl. des RSHA. vom 20. 11. 1942

— II A 3 Nr. 5150/42-211-7 —

Bei der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt werden die Reiseschreibmaschinen

„Erika“ Nr. 939 885 und

„Erika“ Nr. 941 062

vermisst. Es besteht die Möglichkeit, daß sich die Schreibmaschinen bei einer anderen Dienststelle der Sich.Pol. u. des SD befinden. Sämtliche Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD werden daher ersucht, Nachforschungen über den Verbleib der Schreibmaschinen anzustellen und sie im Erfolgsfalle unmittelbar zu dem angegebenen Aktenzeichen zu melden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 355.

Erholungs- und Kameradschaftsheime für Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 23. 11. 1942

— II C 3 Nr. 1429/42 —

1. Gästehaus in Berlin-Wannsee.

Das Gästehaus in Berlin-Wannsee bleibt wegen Beurlaubung des Personals in der Zeit vom 19. 12. 1942 bis 2. 1. 1943 geschlossen.

Anlage:

Der Reichsführer-SS und Chef
der Deutschen Polizei im
Reichsministerium des Innern.
FMW-I Az 36 I 16.

Berlin SW 68, den 25. 10. 1942.
Wilhelmstraße 100.

Betr.: Benutzung der Nachrichten-
anlagen.

1. Die stetig wachsenden Anforderungen im Nachrichtenverkehr und die erhöhten Anforderungen von Nachrichtenverbindungen veranlassen mich für den Fernsprech-, Fernschreib- und Funkverkehr zu folgenden Hinweisen:

- Ferngespräche sind kurz und knapp zu führen. Jeder muß daran denken, daß auch andere sprechen müssen. Äußerste Zurückhaltung ist notwendig, da alle Ferngespräche vom Feind mitgehört werden können. Die weitverbreitete Ansicht, daß nur in Frontnähe Abhörgefahr bestehe, ist falsch. Zur Zeit gibt es kein technisches Mittel und keine Entfernung, die völlig gegen Abhören schützen kann. Dies trifft auch auf die Sondernetze zu.
- Die meisten Fernschreiben sind nicht soldatisch kurz gefaßte Nachrichten, sondern weitschweifige Berichte. Dies ist sofort abzustellen. Jedes nicht unbedingt erforderliche Wort muß wegfallen.
- Knappheit im Ausdruck und Kürze der Funksprüche sind — schon mit Rücksicht auf die lange Zeit des Schlüssels — die Voraussetzungen für schnelle Übermittlung. Durch Funk können nur kurze Meldungen und Befehle, aber keine Berichte befördert werden.

2. Ich ersuche die Chefs der Hauptämter und der übrigen Dienststellen, auf strengste Innehaltung dieser Anweisungen zu achten und bei Verstößen die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

gez. H. Himmler.

2. Haus Niederschlesien in Bad Altheide (Schlesien).

Das Haus ist inzwischen voll in Betrieb genommen. Auf seinen Besuch wird erneut hingewiesen. Das Nähere ergibt sich aus dem RdErl. vom 20. 7. 1942 (Befehlsblatt S. 213). Bad Altheide hat ganzjährigen Kurbetrieb; ferner bietet sich die Möglichkeit zur Ausübung von Wintersport. Anmeldungen sind an die Staatspolizeileitstelle Breslau, Abt. I, zu richten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 355.

Verlust von Fahrtberechtigungsausweisen.

Die Fahrtberechtigungsausweise

Nr. 1627, ausgestellt für den Amtsgehilfen Willi Stroh, RSHA. II HB,

Nr. 1807, ausgestellt für Amtsrat Erich Lutter, RSHA. II D 4, und

Nr. 1909, ausgestellt für den Büroangestellten Max Rosenbaum, RSHA. II D,

sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt.

(II Gst. Nr. 160/42)

— Befehlsblatt 1942 S. 355.

Verlust von Dienstaussweisen, Hausausweisen und Erkennungsmarken.

Dienstaussweis Nr. 11959, ausgestellt für den Krim. Kommissar Krause, Staatspolizeistelle Düsseldorf,

Dienstaussweis Nr. 1538, ausgestellt für den Krim. Ob. Sekretär Beine, Staatspolizeistelle Düsseldorf,

Dienstaussweis der Krim. Polizei Nr. 8250, ausgestellt für die Krim. Sekretärin Romanowski, Kriminalpolizeistelle Linz,

Hausausweis zum Betreten der Reichskanzlei,

ausgestellt für die Angestellte Hausmann, Reichssicherheitsdienst,

Hausausweis Nr. 44, ausgestellt für den Büroangestellten Ocylok, Staatspolizeistelle Oppeln,

Dienstaussweis und Erkennungsmarke der Krim. Polizei Nr. 12656, ausgestellt für den Krim. Sekretär Geyer, Krim. Abt. Sosnowitz, sowie

die Erkennungsmarken der Geh. Staatspolizei Nr. 3864 und 11502

sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Übersendung an das RSHA., Ref. I A 1, ersucht.

(I A 1 Nr. 388/42)

— Befehlsblatt 1942 Nr. 356

Personalmitteilungen

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Reg. Rat: Reg. Assessor Girke (Graz); zum Krim. Kommissar: // Untersturmführer Krim. Komm. z. Pr. Hrabie (München) u. Hilfskrim. Komm. Gäbel (Breslau);

zum Pol. Inspektor: // Untersturmführer apl. Pol. Insp. Heidenreich (Münster), // Rottenführer apl. Pol. Insp. Pafelinsky (Litzmannstadt), Pol. Insp. z. Pr. Stefaniuk (Wien), // Staffelführer Pol. Insp. Anw. Frischeisen (München) u. // Untersturmführer Pol. Sekr. Hans Walter (Posen).

Versetzt: die Pol. Ob. Inspektoren Schmittnägels (Weimar) n. Münster u. Mausolf (Brünn) n. Halle, // Obersturmführer Pol. Insp. Keutner (Saarbrücken) n. Prag;

Krim. Kommissar Macht (RSHA.-VI) n. Nürnberg.

Die Versetzungen der Pol. Ob. Inspektoren Tietke (Prag) n. Hohensalza u. Mausolf (Brünn) n. Potsdam sind aufgehoben worden.

Berichtigung: Im Befehlsblatt Nr. 51, S. 342, muß es unter „Versetzt“ in der 5. Zeile anstatt // Obersturmführer Krim. Komm. Maywitz richtig Magwitz heißen.

Abgeordnet: // Sturmbannführer Reg. Rat Hermann (Tilsit) zur E.-Gr. D (E.-Kdo. 11 b); Pol. Ob. Insp. Jedzini (Danzig) zum Befh. Kiew u. Pol. Insp. Belaschek (Klagenfurt) n. Danzig.

Die Abordnungen des // Obersturmführer Pol. Insp. Artschwager (GPK. Memel) n. Tilsit u. Pol. Insp. Belaschek (Klagenfurt) zum Befh. Kiew sind aufgehoben worden.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Kriminalabteilungen.

Ernannt zum Krim. Direktor: die Krim. Räte Dieter (Wiesbaden) u. Meister (Dortmund);

zum Krim. Rat: // Obersturmführer Krim. Komm. von Duehren (KPLSt. Berlin), die Krim. Kommissare Schmeißner (München), Krebs (Königsberg), Johann Bauer (Wien) u. Schröder (Hamburg);

zum Krim. Kommissar: die // Obersturmführer Krim. Komm. a. Pr. Heinrich Franz, Lawrenz, Moll, Neisser (sämtl. KPLSt. Berlin), Bleckmann (Salzburg), Werner Meyer (Recklinghausen), Billus (Bromberg), Schmolke (Thorn), Bührig (Hannover), Bauroth (Kas-

sel), Bieber (Stettin) u. Hesse (Frankfurt/M.), die // Untersturmführer Krim. Komm. a. Pr. Dr. Keuncke, Lüder, Simon (sämtl. KPLSt. Berlin), Dr. Teichmann (Salzburg), Bockhorn (Hamburg), Schrantz (Bochum), Hailwax (Graz), Bräsch (Danzig), Jäger (Würzburg), Rasch (Gotenhafen), Hirsman (Stuttgart), Dobrovich (Olmütz), Kamm (Metz), Cornely (Düsseldorf), Korten (Lau) u. Osterfeld (Bremen), // Bewerber Krim. Komm. a. Pr. Brunk (Krakau) u. Krim. Macher (München);

zum Krim. Inspektor: die Krim. Ob. Sekr. B. Schulz (beide RSHA.-V), Obers (München), Wüstenberg (Düsseldorf), Ritter, Friedrich Siebel (beide Wuppertal) u. Karl Brink (Recklinghausen).

Abgeordnet: // Sturmbannführer Reg. u. Krim. Rat Claß (Graz) u. Untersturmführer Krim. Kommissar Neisser (KPLSt. Berlin) zum RSHA.-V.

Versetzt: Krim. Direktor Dieter (Wiesbaden) n. Straßburg, Krim. Rat Krebs (Königsberg) n. Bialystok, die // Obersturmführer Krim. Komm. Tewes (Gmd. KP. Bielefeld) n. Warschau u. Gabrysch (Breslau) zur Führerschule.

In den Ruhestand versetzt: Krim. Kommissar Meiler (Aussig).

Verstorben: Krim. Kommissar Tatzel (Breslau).

SD.

Kommandiert: // Untersturmführer Dr. Johannes Gödel zum RSHA.-III.

Versetzt: die // Hauptsturmführer Karl Schmitz zum SD.-A. Kiel, Hartwig Wenzel zum SD.-LA. Stuttgart u. Otto Zeller zur SD.-Hast. Münster, die // Obersturmführer Otto-Wilhelm Wandesleben zum RSHA.-IV u. Dr. Arndt Görling zum SD.-LA. Breslau;

// Untersturmführer Heinz Schnartendorf zum Kdr. Warschau.

Ernannt: // Untersturmführer Horst Lück zum Ast.-Leiter beim SD.-LA. Breslau.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim. Obersekretär: Krim. Sekr. Hugo Rudolph (KPSt. Zwickau).

— Befehlsblatt 1942 S. 356

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 55

Berlin, den 12. Dezember 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 30. 11. 42 Wechsel des ltd. Arztes beim RSHA. S. 357 — RdErl. 30. 11. 42 Devisenbewirtschaftung. Grenzwechselstellen u. Reichskreditkassen. S. 357. — RdErl. 1. 12. 42 Wirkung der Vermögenseinziehung gegen die Erben des Betroffenen. S. 357. — RdErl. 5. 12. 42 Lebensmittelzulage f. Angehörige der Sich.Pol. u. des SD. S. 358

— RdErl. 12. 10. 42 Jugenddienstarrest u. Jugendarrest. S. 358.

Verschiedenes. Verlust eines Fahrtberechtigungsausweises. S. 358. — Verlust eines Dienstausweises. S. 358.

Personalmitteilungen. S. 358.

Sicherheitspolizei und SD

Wechsel des leitenden Arztes beim Reichssicherheitshauptamt.

RdErl. des RSHA. vom 30. 11. 1942

— I San. Nr. 218/42 —

(1) Der Reichsarzt // und Polizei hat mit Wirkung vom 23. 11. 1942 die Kommandierung des //Standartenführers Dr. Hans Schlosser als leitender Arzt zum Reichssicherheitshauptamt aufgehoben und ihn als Brigadearzt zu einer //Brigade kommandiert.

(2) Mit dem gleichen Tage wurde //Oberführer Dr. Bruno Rothardt unter Beibehaltung seiner bisherigen Dienststellung als leitender Arzt und Amtschef beim Inspekteur der nationalpolitischen Erziehungsanstalten — //Obergruppenführer Heißmeyer — vom Reichsarzt // und Polizei als leitender Arzt zum Reichssicherheitshauptamt kommandiert.

(3) //Oberführer Dr. Rothardt wird bei Abwesenheit von seinem Adjutanten Assistenz-Arzt Gontermann vertreten.

(4) Telefonanschluß: //Oberführer Dr. Rothardt PA 9, App. 278; Ass.Arzt Gontermann PA 9, App. 439.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 357.

Devisenbewirtschaftung.

Grenzwechselstellen und Reichskreditkassen.

RdErl. des RSHA. vom 30. 11. 1942

— II C 2⁴/Dev.St. Nr. 6440/42-290 b-1 —

(1) Nach Mitteilung der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen sind die bisher in Caën, Reims und Tours sowie Odessa bestehenden Wechselstellen in Reichskreditkassen umgewandelt worden.

(2) Das mit Erl. vom 5. 8. 1942 — II C 2⁴/Dev.St. Nr. 4508/42-290 b-1 — (Befehlsbl. S. 228) mitgeteilte Verzeichnis ist entsprechend zu ergänzen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 357.

Wirkung der Vermögenseinziehung gegen die Erben des Betroffenen.

RdErl. des RSHA. vom 1. 12. 1942

— II A 5 Nr. 843/42-212 —

Nachstehende Mitteilung der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe — Centralverband des Deutschen Bank- u. Bankiergewerbes — an ihre Mitglieder bringe ich hiermit zur Kenntnis und ersuche um Beachtung.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 357.

Anlage.

Berlin NW 7, den 20. 11. 1942
Dorotheenstr. 4

Ziff. 3 des RdSchrbs. Nr. 163.

Wirkung der Vermögenseinziehung gegen die Erben des Betroffenen.

In letzter Zeit sind wiederholt Vermögenseinziehungen auf Grund des Gesetzes über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26. 5. 1933 (RGBl. I S. 293) und des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. 7. 1933 (RGBl. I S. 479) ausgesprochen, wobei sich nachträglich herausstellte, daß die von der Vermögenseinziehung Betroffenen bereits vor Bekanntgabe der Einziehungsverfügung verstorben waren. Soweit die Einziehungsverfügungen nicht ausdrücklich das von dem Betroffenen hinterlassene Vermögen erwähnen oder einen Hinweis enthalten, daß der Betroffene verstorben ist, ist bei den Einziehungsbehörden unter Bekanntgabe des Todesfalles anzufragen, ob sich die Vermögenseinziehung auch auf das von dem Verstorbenen hinterlassene Vermögen erstreckt. Die Einziehungsbehörden werden in solchen Fällen ihre Einziehungsverfügung berichtigen und die Banken hierüber verständigen. Eine Verfügung der Erben über die eingezogenen Vermögenswerte ist erst dann zuzulassen, wenn die Einziehungsbehörde ihre Einziehungsverfügung aufhebt.

Lebensmittelzulagen für Angehörige der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 5. 12. 1942

— II C 2 Nr. 3536/42 —

(1) Der Herr Reichsernährungsminister hat nach Verhandlungen mit dem RSHA. durch Erlaß vom 25. 11. 1942 — Aktz. II/1. 11359 — an die Landesregierungen (Landesernährungsämter), Preuß. Oberpräsidenten (Provinzialernährungsämter), folgendes angeordnet:

„Die regelmäßig im Vollzugsdienst tätigen Angehörigen der Sich.Pol. und ihre Hilfskräfte, sowie die im Außendienst tätigen SD-Angehörigen erhalten die Lang- und Nachtarbeiterzulagen, wenn sie eine durchgehende Dienstzeit von 24 Stunden haben oder mindestens zehn Stunden ununterbrochen ohne Ablösung Vollzugs- oder Außendienst leisten. Bei besonderen Anlässen (Staatsbesuchen, Großfahndungen usw.) können die Zulagen allen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD unter den gleichen Voraussetzungen gewährt werden.“

(2) Zur Durchführung dieses Erlasses bestimme ich folgendes:

1. Die Zulagen sind nur an Angehörige der Sich.Pol., die tatsächlich im Vollzugsdienst tätig sind (z. B. nicht an Tagebuchführer u. dgl.) und an SD-Angehörige, die tatsächlich im Außendienst verwendet werden, zu gewähren.
2. Bei Dienstreisen dürfen die Zulagen nur bewilligt werden, wenn während der Dienstreise Exekutiv- oder Außendienst geleistet wird.
3. Bei besonderen Anlässen (Staatsbesuchen, Großfahndungen usw.) können die Zulagen auch eingesetzten Verwaltungsbeamten, Büroangestellten und nicht im Außendienst eingesetzten hauptamtlichen SD-Angehörigen gewährt werden.

(3) Die Zulagen betragen wöchentlich

200 g Fleisch, 600 g Brot und 20 g Margarine. Sie werden in Reiselebensmittelmärken gewährt und

dürfen nur entsprechend der Dauer des Einsatzes zugeteilt werden. Erfüllt ein Angehöriger der Sich.Pol. u. des SD die Voraussetzungen für die Gewährung der Zulagen

- a) an 2 Tg. d. Woche, so erhält er 50 g Fleisch, 200 g Brot, 10 g Margarine,
- b) an 4 Tg. d. Woche, so erhält er 100 g Fleisch, 400 g Brot, 15 g Margarine,
- c) an 7 Tg. d. Woche, so erhält er 200 g Fleisch, 600 g Brot, 20 g Margarine,
- d) bei längeren Einsätzen entsprechend.

(4) Zur Verwaltungsvereinfachung hat der Herr Reichsernährungsminister in mündlicher Besprechung sich damit einverstanden erklärt, daß die Anforderung und Abrechnung der Reiselebensmittelmärken nicht an Hand von Übersichten über die einzelnen Einsätze, eingesetzten Beamten und die Dauer ihres Einsatzes erfolgt, sondern auf Grund der Mitteilung der Dienststellenleiter der Sich.Pol. u. des SD an das Ernährungsamt über die an die Empfangsberechtigten nach den vorstehenden Grundsätzen ausgegebenen Reiselebensmittelmärken.

(5) Diese Regelung bedeutet ein besonderes Entgegenkommen des Herrn Reichsernährungsministers, sie darf unter keinen Umständen durch mißbräuchliche Ausnutzung gefährdet werden.

(6) Dieser Erlaß gilt auch für die Kriminalpolizei der Gemeinden, die durch die zuständigen Kriminalpolizei(leit)stellen durch Übersendung einer begl. Erlaßabschrift zu unterrichten sind.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 358.

Jugenddienstarrest und Jugendarrest.

RdErl. des RMdL. vom 12. 10. 1942

— Pol.S. V A 3 Nr. 473/42 —

Auf dem im MBliV., S. 1990, veröffentlichten RdErl. vom 12. 10. 1942 wird zur Beachtung hingewiesen.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 358.

Verschiedenes

Verlust eines Fahrtberechtigungsausweises.

Der für den Krim.Angestellten Karl Berger ausgestellte Fahrtberechtigungsausweis Nr. 1822 ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

(II Gst. Nr. 144/42)

— Befehlsblatt 1942 S. 358.

Verlust eines Dienstausweises.

Der am 1. 1. 1942 für //Hauptsturmführer Theodor Bühner, //Nr. 126 582, erstellte rote Dienstausweis Nr. 23 022/42 ist verlorengegangen. Der Ausweis wird für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Einsendung an das Ref. I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d Az. 5 670)

— Befehlsblatt 1942 S. 358.

Personalmitteilungen

Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD.

Übernommen in den Reichsdienst (Sich.Pol.) unter Ernennung zum Reg.Assessor: die //Hauptsturmführer Assessoren Werner Brandt (beim Insp. Königsberg) u. Fritz Pflüger (beim Insp. Danzig).

Staatspolizei(leit)stellen.

Versetzt: //Sturmbannführer Reg.Rat Kück (Hamburg) unter Aufhebung der Abordg. z. Befh. Krakau nach Kattowitz, zgl. als Vertr. d. Leiters.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Kriminalabteilungen.

Ernannt zum Krim.Direktor: die Krim.Räte Paul Müller (Kiel), Willi Peters (Karlsbad) u. Streumann (KPLSt. Berlin);

zum Krim.Rat: //Obersturmführer Krim.Komm. Becker (Brux), //Bewerber Krim.Komm. Strunz (Radom), die Krim.Komm. Glienke (Radom), Harder (Hamburg), Tykwer (Recklinghausen) u. Odening (Erfurt);

zum Krim.Inspektor: char. Krim.Obersekretär Hortenbach (Chemnitz) u. Krim.Obersekretär Gößner (Leipzig).

Versetzt: die //Obersturmführer Krim.Räte Becker (Brux) n. Königsberg u. Petersen (Hamburg) n. Posen, //Bewerber Krim.Rat Strunz (Radom) n. Warschau, Krim.Rat Glienke (Radom) n. Krakau als Vertr. d. Leiters; //Obersturmführer Krim.Komm. Trimborn (Recklinghausen) zur KPLSt. Berlin, die //Untersturmführer Krim.Komm. Severin (Wilhelmshaven) n. Brux u. Welsch (Wien) zur KPLSt. Berlin, Krim.Komm. Winter (Brünn) zur Führerschule Bln. als Lehrer.

Die Abordnung des //Bewerbers Krim.Komm. Dr. Freytag (Hamburg) zum RSHA.-V. ist aufgehoben worden.

Verstorben: Krim.Kommissar Heinrich Weber (Hamburg).

SD.

Versetzt: //Sturmchef Heinrich Tegtmeyer zum RSHA.-III;

//Hauptsturmführer Herbert Kaack zum Insp. Hamburg;

//Obersturmführer Johannes Meyer zum SD-LA. Stuttgart;

//Untersturmführer Siegfried Hahn zum SD-LA. Kattowitz.

Ernannt: die //Hauptsturmführer Walter Zimmermann, Fritz Höpker, Dr. Robert Lehmann u. //Obersturmführer Eberhard Stanke, sämtl. zum Hilfsref. im RSHA.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Ob.Sekretär: Krim.Sekr. Friedrich Bellmer (Stapost. Bremen);

zum Krim.Sekretär: die Krim.Ob.Assistenten Dietrich Ohlhoff, Otto Lange, Wilhelm Döschner, Wilhelm Feddeler u. Hermann Brandes (sämtl. Stapost. Bremen) sowie Krim.Ob.Assistent Oskar Rimmele (Stapoleitst. Karlsruhe);

zum Krim.Ob.Assistenten: die Krim.Assistenten Karl Finger u. Hans Clüver (beide Stapost. Bremen);

zum Krim.Assistenten: die apl. Krim.Assistenten Fritz Weise, Otto Heitmann, Erich Becker, Josef Michalski, Richard Zapf, Paul Padel, Willy Mähring, Herbert Häring u. Jens Rohde (sämtl. Stapost. Bremen) sowie //Scharführer apl. Krim.Assistent Erwin Gullatz (Stapost. Tilsit). — Befehlsblatt 1942 S. 358.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 56

Berlin, den 19. Dezember 1942

3. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Eduard Spletter, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Breslau, im Januar 1942

Konrad Pohland, SS-Unterscharführer, SD-Hauptaußenstelle Frankfurt/Oder, im August 1942

Paul Wucknitz, SS-Unterscharführer, SD-Hauptaußenstelle Frankfurt/Oder, im August 1942

Anatol von Hübbenet, SS-Bewerber beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im September 1942

Joachim Gleixner, Kriminaloberassistent, Kriminalpolizeileitstelle Breslau, im September 1942

Rudbert Schmidt, SS-Scharführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im September 1942

Josef Glittenberg, SS-Obersturmführer, SD-Hauptaußenstelle Münster, im Oktober 1942

Dr. Otto Nugel, SS-Hauptsturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im Oktober 1942

Ewald Polit, SS-Obersturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im Oktober 1942

Willi Wilharm, SS-Hauptsturmführer, SD-Abschnitt Saarbrücken, im Oktober 1942

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Johannes Oettel, Staffelführer, Kriminalassistent beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Metz, im Oktober 1942

Heinrich Lindner, SS-Oberscharführer, Kriminalangestellter, Staatspolizeileitstelle Reichenberg, im Oktober 1942

Ehrenfried Haase, SS-Sturmmann beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Riga, im Oktober 1942

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

In Vertretung

Streckenbach

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 4. 12. 42 Vollzug von Schutzhaft an Jugendl. S. 362. — RdErl. 4. 12. 42 Verleihung von $\#$ -Totenkopfringen. S. 364. — RdErl. 7. 12. 42 Entschädigung f. d. Selbststeuern von Dienstkraftträdern. S. 364. — RdErl. 7. 12. 42 Privatferngespräche nach dem Südostraum. S. 364. — RdErl. 9. 12. 42 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schäd. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 365. — RdErl. 10. 12. 42 Übersendung der ärztl. Untersuchungsergebnisse von Heimat- an Einsatzdienststellen. S. 365. — RdErl. 10. 12. 42 Gewährung

von Beihilfen an Angehörige dSPudSD. bei Verlust oder Beschädigung eigener Bekleidung u. sonstiger Gegenstände während des ausw. Einsatzes. S. 365.
SD-Angelegenheiten. RdErl. 27. 11. 42 Bearbeitung der Unterstützungsgesuche von SD-Angehörigen. S. 368.
Verschiedenes. RdErl. 5. 12. 42 Wohnungsfürsorge. S. 368. — RdErl. 8. 12. 42 $\#$ -Schlöhle am Keilberg. S. 369. — RdErl. 8. 12. 42 Erholungs- u. Kameradschaftsheime dSPudSD. S. 369.
Personalmitteilungen. S. 370.

Sicherheitspolizei und SD

Vollzug von Schutzhaft an Jugendlichen.

RdErl. des RSHA. vom 4. 12. 1942

— II A 2 Nr. 545/42-176-7 —

In Anlehnung an die Maßnahmen, die auf dem Gebiet des Jugendstrafvollzugs ergangen sind, ist sicherzustellen, daß die staatspolizeiliche Schutzhaft an Jugendlichen bis zu 18 Jahren jugendgemäß vollzogen wird. Unter Hinweis auf die als Anlage A abgedruckte AV. des Reichsjustizministers vom 28. 10. 1942 ordne ich daher an;

- I. (1) Jugendliche, die bis zu drei Wochen in Schutzhaft genommen werden, sind einer Jugendarrestanstalt der Reichsjustizverwaltung (vgl. Anlage B) zuzuführen.
- (2) Die Zuführung hat tunlichst zu der nächstgelegenen Jugendarrestanstalt zu erfolgen. Das Vollzugsersuchen hat die Angaben zu enthalten, die aus der als Anlage A abgedruckten AV. ersichtlich sind.
- (3) Von einer Zuführung zu einer Jugendarrestanstalt ist abzusehen, wenn die Staatspolizei(leit)stelle über eigene Räume oder über anderweitige Räume, die unter ihrer Aufsicht stehen, verfügt, in denen ein jugendgemäßer, d. h. den Vorschriften des Jugendstrafvollzugs entsprechender Vollzug der kurzfristigen Schutzhaft sichergestellt ist.
- (4) Weiterhin ist von einer Zuführung zu einer Jugendarrestanstalt abzusehen, wenn die Schutzhaft im unmittelbaren Anschluß an eine in einer Jugendarrestanstalt vollzogene Freiheitsentziehung anderer Art angeordnet wird oder wenn der Jugendliche nicht geeignet ist, mit den in einer Jugendarrestanstalt verwahrten Jugendlichen zusammengebracht zu werden. In diesen Fällen ist die kurzfristige Schutzhaft wie bisher zu vollziehen.
- II. Jugendliche, die länger als drei Wochen in Schutzhaft genommen werden, sind den Jugend-schutzlagern Moringen (männlich) und Uckermark (weiblich) zuzuführen.

- III. Die bisher ergangenen Vorschriften über die Berichterstattung an das RSHA. bei Verhängung von Schutzhaft bleiben unberührt.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 362.

Anlage A.

Vollzug von Schutzhaft an Jugendlichen in Jugendarrestanstalten der Reichsjustizverwaltung.

AV. d. RJM. v. 28. 10. 1942 (4412/2-V. S. 2135).

Deutsche Justiz S. 721.

Im Einvernehmen mit dem Reichsführer- $\#$ und Chef der Dt. Polizei i. RMdI. bestimme ich folgendes:

1. Schutzhaft, die über einen Jugendlichen verhängt ist und nicht länger als einen Monat dauern soll, wird auf schriftliches Ersuchen der anordnenden Staatspolizei(leit)stelle in einer Jugendarrestanstalt der Reichsjustizverwaltung vollzogen, sofern es deren Belegungsverhältnisse gestatten.
2. Das Vollzugsersuchen wird enthalten:
 den Familiennamen und alle Vornamen des Jugendlichen,
 die Zeit und den Ort seiner Geburt,
 seinen Wohnort und seine Wohnung,
 seinen Beruf,
 den Namen des gesetzlichen Vertreters und des Erziehungspflichtigen,
 Tag und Aktenzeichen der Schutzhaftanordnung, deren Grund,
 die bestimmte oder voraussichtliche Dauer der Schutzhaft und für den Fall, daß diese nicht von der Aufnahme ab rechnen soll, den Zeitpunkt, von dem sie zu rechnen ist.
3. Das Vollzugsersuchen wird dem Leiter der Jugendarrestanstalt (Vollzugsleiter) spätestens bei der Zuführung des Jugendlichen zur Aufnahme in die Anstalt zugehen.
4. In der Jugendarrestanstalt wird die Schutzhaft nach den Vorschriften über den Dauerarrest vollzogen. Bei Schutzhaft von drei bis zu sechs Tagen werden neben dem ersten und dem letzten Tag als strenge Tage vollzogen:
 bei drei oder vier Tagen der zweite Tag,
 bei fünf oder sechs Tagen der dritte Tag.
5. Der Trennung der jugendlichen Schutzhaftgefangenen von anderen Insassen der Jugendarrestanstalt bedarf es nicht, wenn nicht im Einzelfall der Vollzugsleiter auf Anregung der Staatspolizei(leit)stelle oder von sich aus anderes anordnet.
6. Der Jugendliche wird nach Ablauf der bestimmten Zeit oder zu dem Zeitpunkt aus der Schutz-

haft entlassen, den die Staatspolizei(lei)stelle nachträglich festsetzt.

7. Von der Entlassung setzt der Vollzugsleiter die anordnende Staatspolizei(lei)stelle in Kenntnis. Er fügt das Vollzugsersuchen und das im Vollzug erwachsene Schreibwerk, vor allem die Unterlagen über verhängte Hausstrafen, bei.

8. Haftkosten werden nicht in Rechnung gestellt und nicht mitgeteilt.

Anlage B.

Reichsjustizministerium
Abt. V (Strafvollzug)

Nachweisung

über die in den einzelnen OLG.-Bezirken vorhandenen
Jugendarrestanstalten.
(Stand Monat März 1942)

Lfd. Nr.	OLG.-Bezirk	Bezeichnung der Jugendarrestanstalt	Bel.- Fäh.		Be- merkungen
			M.	Fr.	
1	Bamberg	Gerolzhofen	6	5	
2		Lohr am Main	9	8	
3		Kulmbach	8	3	
4	Berlin	Fürstenberg	5	3	
5		Küstrin	24	5	
6		Lichterfelde	56	16	
7		Lübbenau	7	3	
8	Braun- schweig Breslau	Königslutter	6	5	
9		Bad Reinerz	—	10	
10		Bernstadt	11	—	
11		Löwenberg	—	14	
12		Reichenbach O/L.	8	—	
13		Steinau (Oder)	8	—	
14		Strehlen (Schles.)	31	—	
15		Wünschelburg	8	—	
16	Celle	Bersenbrück	5	2	
17		Bremervörde	9	3	
18		Neustadt a. Rbge.	15	4	
19		Uslar	7	—	
20	Danzig	Mewe	22	5	
21	Darmstadt	Friedberg	7	3	
22		Ingelheim	4	—	
23		Langen	17	15	
24		Lauterbach (Hess.)	3	3	
25		Oppenheim	8	8	Noch im Umbau
26	Dresden	Auerbach (Vogtl.)	23	—	
27		Pegau	20	—	
28		Radebeul	29	—	
29		Schneeberg	—	23	
30	Düsseldorf	Düsseldorf-Gerres- heim	14	4	
31		Geldern	6	4	
32		Krefeld	4	2	
33		Lobberich	5	—	
34		Mülheim (Ruhr)	25	8	
35		München-Gladbach	4	2	
36		Wesel	5	—	
37		Wuppertal-Barmen	16	5	
38	Frankfurt (Main)	Eltville	—	4	
39		Hochheim (Main)	12	—	
40		Montabaur	8	3	
41		Wetzlar (Lahn)	20	5	
42	Graz	Graz	8	1	
43		Irdning	3	—	
44		Leoben	4	—	
45		Mürzzuschlag	3	3	
46		Villach	6	3	
47	Hamburg	Bremen-Stadt	10	2	
48		Hamburg-Bergedorf	23	9	
49		Hamburg-Wands- bek	29	9	
50	Hamm (Westf.)	Bochum-Langen- dreer	14	4	

Lfd. Nr.	OLG.-Bezirk	Bezeichnung der Jugendarrestanstalt	Bel.- Fäh.		Be- merkungen
			M.	Fr.	
51		Borken	14	4	Seit 30. 9. 1941 vorläufig ge- schlossen
52		Bünde	8	6	
53		Büren	5	1	Seit 30. 9. 1941 vorläufig ge- schlossen
54		Dortmund	29	6	
55		Essen-Werden	9	2	
56		Lünen	19	—	Lünen st ivor- läufig nur hilfs- weise eröffnet, und zwar zur Entlastung der Jug.-Arrest- anstalt in Dort- mund
57		Neheim-Hüsten	6	1	Seit 30. 9. 1941 vorläufig ge- schlossen
58		Olpe	7	2	
59		Wetter	—	14	
60	Innsbruck	Dornbirn	10	6	
61		Rattenberg	6	—	
62		Schwaz	—	5	
63		Werfen	4	3	
64	Jena	Eisenberg	8	—	
65		Eisfeld	12	—	
66		Pösneck	11	—	
67		Ronneburg	11	—	
68		Waltershausen	10	—	
69	Karlsruhe	Emmendingen	6	4	
70		Karlsruhe-Durlach	15	4	
71		Kenzingen	5	4	
72		Radolfzell	9	3	
73		Schopfheim	9	3	
74		Stockach	12	1	
75		Wiesloch	9	4	
76	Kassel	Gelnhausen	5	—	
77		Hersfeld	13	—	
78		Melsungen	—	6	
79		Witzenhausen	7	—	
80	Kattowitz	Carlsruhe (Ober- schles.)	6	—	
81		Gnadenfeld (Ober- schles.)	—	18	
82		Ottmachau	16	—	
83		Peiskretscham	10	—	
84		Schrau (Oberschles.)	9	—	
85	Kiel	Bad Segeberg	17	—	
86		Heide	9	—	
87		Kiel	—	11	
88	Köln	Neuwied	54	9	
89		Saarburg (Bz. Trier)	28	3	
90		Stolberg (Rhld.)	5	5	
91	Königsberg (Pr.)	Arys	6	3	
92		Fischhausen	—	8	
93		Gumbinnen	15	8	
94		Heinrichswalde	10	2	
95		Labiau	27	—	
96		Passenheim	9	3	
97		Pr. Eylau	9	6	
98		Prökuls	11	—	Seit 16. 1. 1942 nur für männl. Arrestanten geöffnet
99		Wormditt	6	5	
100	Leitmeritz	Falkenau	8	8	
101		Odrau	10	5	
102		Schatzlar	8	2	
103		Zwickau	7	7	
104	Linz	Engelhartzell	2	2	
105		Leonfelden	15	7	
106		Mattighofen	18	6	
107		Mondsee	8	4	
108		Ottensheim	9	5	
109		Wildshut	2	2	
110	Marien- werder	Christburg	9	4	
111		Schloppe	5	4	
112	München	Beilngries	6	5	
113		Erding	25	—	

Lfd. Nr.	OLG.-Bezirk	Bezeichnung der Jugendarrestanstalt	Bel.-Fäh.		Bemerkungen
			M.	Fr.	
114		Freyung	5	1	
115		Friedberg	6	4	
116		Günzburg	12	6	
117		Landau a. d. Isar	20	12	
118		Landsberg (Lech)	20	3	
119		Obergünzburg	10	1	
120		Regen	5	1	
121		Starnberg	6	9	
122		Trostberg	8	1	
123		Vilshofen	6	2	
124	Naumburg (Saale)	Burg b. Magdeburg	19	6	
125		Köthen (Anh.)	16	—	
126		Langensalza	15	—	
127		Merseburg	12	8	
128		Osterburg	7	3	
129		Wernigerode	15	7	
130	Nürnberg	Kelheim	11	3	
131		Oberviechtach	8	2	
132		Roth b. Nbg.	21	4	
133		Sulzbach-Rosenberg	6	4	
134	Oldenburg (Oldbg.)	Jever	10	—	
135		Varel	—	7	
136	Posen	Posen	—	6	
137		Pudewitz	13	—	
138	Rostock	Bützow	—	2	Seit 6. 2. 1942 wegen Umbau nicht belegt
139		Gadebusch	9	—	
140		Teterow	—	9	Ab 1. 12. 1941 vorübergehend für Mädchen in Anspruch genommen
141	Stettin	Anklam	5	4	
142		Belgard (Pers.)	11	5	
143		Dramburg	7	3	
144		Gollnow	12	—	
145		Pasewalk	7	4	
146		Schlawe	8	7	
147	Stuttgart	Biberach	14	4	
148		Leonberg	17	6	
149		Oberndorf	11	12	
150		Rottenburg	8	3	
151		Schwäbisch-Hall	12	5	
152	Wien	Waiblingen	6	8	
153		Wien-Liesing	28	—	
154		Wien-Fünfhaus	—	8	Behelfsmäßig in Betrieb genommen
155	Zweibrücken	Edenkoben	11	—	
156		Waldfishbach	11	—	
157		Waldmohr	12	5	

Verleihung von //Totenkopfringen.

RdErl. des RSHA. vom 4. 12. 1942

— I A 5 d Az. SA 1-8 —*)

(1) Die im Deckblatt vom 1. 8. 1939 bekanntgegebenen Bestimmungen über die Verleihung des //Totenkopfringes sind, wie folgt, zu erweitern:

„Den //Totenkopfring erhält verliehen:

11. Jeder //Angehörige, der mit dem Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz oder mit dem Deutschen Kreuz in Gold oder Silber ausgezeichnet wurde (Erl. d. RF// vom 25. 8. 1942).“

(2) Mit sofortiger Wirkung ist bis auf Widerruf von der weiteren Einreichung von Anträgen auf Ver-

*) Vorgang: Bestimmungen über die Verleihung des //Totenkopfringes der //Personalkanzlei Abt. Pa — Tgb.-Nr. 1480/36 — vom 13. 9. 1936 und Deckblatt vom 1. 8. 1939.

leihung des Totenkopfringes des RF// Abstand zu nehmen, weil wegen Kräftemangel die Lieferfirma zur Zeit nur sehr eingeschränkt arbeiten kann.

(3) Anträge auf Verleihung des //Totenkopfringes für //Angehörige, die mit dem Ritterkreuz zum Eisernen Kreuz oder mit dem Deutschen Kreuz in Gold oder Silber ausgezeichnet wurden, sind aber unter Angabe des genauen Ringmaßes dem RSHA. — I A 5 — sofort vorzulegen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 364

Entschädigung für das Selbststeuern von Dienstkraftträdern.

RdErl. des RSHA. vom 7. 12. 1942

— II C 2^a Nr. 2525/42-297-10 —

(1) Im Abs. 4 des Erlasses des RF//uChdDtPol. i. RmDI. vom 22. 6. 1937/16. 8. 1938 — S V 2 Nr. 4199/37 u. 4196/38 — (Befehlsbl. 1941 S. 264) wurde angeordnet, daß bei Selbststeuerung eines Dienstkrafttrades mangels eines besonderen Kraftwagenführers (Krim.Angestellten) die km-Wegstreckenentschädigung 5 Rpf. beträgt. Der Reichsmin. der Finanzen hat darauf hingewiesen, daß die Zahlung dieser Entschädigung, die sich auf Nr. 24 der Ausführungsbestimmungen zum Reisekostengesetz stützt, nur dann zulässig ist, wenn der Beamte den Betriebsstoff selbst stellen muß. Für den Fall, daß der Beamte das Krafttrad lediglich selbst steuert, ist keine Entschädigung zuständig. Der Reichsmin. der Finanzen beabsichtigt auch nicht, eine Regelung entsprechend seiner Anordnung vom 20. 8. 1941 (RBB. S. 225), betr. Entschädigung für Selbststeuern von Dienstkraftwagen bei Dienstreisen, zu treffen.

(2) Gegen die Zahlung der Pauschvergütung von monatlich 20,— RM an die Beamten, die ein Dienstkrafttrad selbst steuern und pflegen müssen, bestehen keine Bedenken.

An die Kassenanschlagstellen der Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 364

Privatferngespräche nach dem Südostraum.

RdErl. des RSHA. vom 7. 12. 1942

— II D. 2 Nr. 4290/42 —

(1) Das Oberkommando der Wehrmacht hat im Hinblick auf die sehr stark für den dienstlichen Verkehr benötigten Fernsprecheleitungen nach dem Südostraum die Drosselung des Privatfernsprechverkehrs angeordnet.

(2) Nach den beim Oberkommando der Wehrmacht vorliegenden Überwachungsergebnissen wird immer noch ein erheblicher Teil der in der Nacht vermittelten Ferngespräche, vom Bedienungspersonal der Fernsprechvermittlungen in eigenen Angelegenheiten aus ganz unwichtigen Gründen, teils als Dienstgespräche getarnt, ohne dienstliche Genehmigung geführt.

(3) Den Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, insbesondere dem Bedienungspersonal der Fernsprechanlagen, ist die mißbräuchliche Benutzung der Fernsprecheleitungen strengstens zu untersagen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 364

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 9. 12. 1942

— IV C 3 Nr. 4174/B —

(1) Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden folgende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Bardenschmid, Ludwig: „Aufruhr im Sudan“, Aufwärts-Verlag, Berlin;

Czech, Stan: „Franz Lehar“, Werk-Verlag Siegmund, Berlin;

Dehn, Günther, Prof.: Sämtliche Schriften;

Hoek, Henry: „Sport, Sporttrieb, Sportbetrieb“, F. A. Brockhaus, Leipzig, 1927;

Jaspert, Werner: „Johann Strauss“, Werk-Verlag Siegmund, Berlin;

Kappler, Hanns: „Legionäre des Schicksals“, Hans Jörg-Fischer Verlag, Berlin;

Krieger, Hans, Pfarrer: „Der Massenmord in der rumänischen Gefangenenhölle Sipote“, Verlag J. F. Lehmann, München, 1920;

Lenzner, Curt: „Gift in der Nahrung“, erschienen im Verlag der Dykschen Buchhandlung, Leipzig;

Schulze-Berghof, Paul: „König und Narr“, Verlag Max Schwabe, Berlin-Schöneberg, 1941;

Trapp, Maxim: „Vorbeugung und Heilung der Weltkrankheiten: Verkalkung, Tuberkulose, Krebs“, Enck-Verlag in Berlin-Erkner, 1933;

— „Das Käthe Kollwitz-Werk“ mit einer Einleitung von Arthur Bonus, Carl Reissner-Verlag, Dresden.

(2) Die im RdErl. vom 4. 8. 1942 — IV C 3 Nr. 4174/B — (Befehlsblatt S. 228) aufgeführte Schrift „Psychologie des Jagdfliegers“, von Skawran, Verlag Junker u. Dünhaupt, Berlin, ist nicht zu beschlagnahmen und einzuziehen, sondern lediglich für die Dauer des Krieges sicherzustellen. Etwa erfaßte Exemplare sind dem Ref. IV C 3 des RSHA. zuzuleiten.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 365.

Übersendung der ärztlichen Untersuchungsergebnisse von Heimat- an Einsatzdienststellen.

RdErl. des RSHA. vom 10. 12. 1942

— I San. Nr. 237/42 —

(1) Es ist festgestellt worden, daß die Ergebnisse der ärztlichen Untersuchungen auf Einsatzfähigkeit in vielen Fällen nicht von den Heimatdienststellen den Einsatzdienststellen zugestellt wurden.

(2) Es sind daher sämtliche in der Heimat erstellten Untersuchungsbefunde über die zum Einsatz kommandierten Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD den Gruppenärzten bei den Einsatzgruppen bzw. den leitenden Ärzten bei den Befehlshabern der Sich. Pol. u. des SD umgehend zu übersenden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 365.

Gewährung von Beihilfen an Angehörige der Sich. Pol. u. des SD bei Verlust oder Beschädigung eigener Bekleidung und sonstiger Gegenstände während des auswärtigen Einsatzes.

RdErl. des RF/ u. ChdDtPol. i. RmDI. vom 10. 12. 1942

— S II C 1 Nr. 933/42-239-1 *) —

(veröffentl.: MBliV. S. 2310)

A.

Allgemeine Bestimmungen.

(1) Den reichsdeutschen Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD können für die während des auswärtigen Einsatzes entstandenen Verluste oder Beschädigungen an eigenen Bekleidungsstücken und sonstigen Gegenständen Beihilfen gewährt werden, wenn sie verursacht sind

- durch Feindeinwirkung,
- im Dienst durch Unglücksfall oder Brandschaden,
- durch unvermeidbare Transporte oder Aufbewahrungen, sofern der Geschädigte alle nach Lage der Sache ihm zumutbaren Vorkehrungen zur ordnungsmäßigen Übergabe und Beförderung seiner Privatgegenstände getroffen hat.

(2) Als auswärtiger Einsatz im Sinne dieses RdErl. gilt der Einsatz im Kriegsgebiet oder in den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten. Unter den Begriff „Feindeinwirkung“ fallen auch Verluste usw., die den Angehörigen durch feindliche Streitkräfte oder Zivilpersonen während einer Kriegsgefangenschaft zugefügt werden.

(3) Beihilfen dürfen nicht gewährt werden:

- bei nachweislich verschuldeten Verlusten oder Beschädigungen,
- wenn die Gegenstände nicht zur Ausübung des Dienstes notwendig sind oder nicht zu den üblichen täglichen Gebrauchsgegenständen gehören,
- für selbstbeschaffte (eigene) Uniform- und Ausrüstungsstücke, die über den in Abschn. B Abs. 1 Buchstabe a festgelegten Umfang hinausgehen.

(4) Für die Bemessung der Beihilfen gilt folgendes:

- Bei Verlusten richtet sich die Höhe der Beihilfe im allgemeinen nach dem Wiederbeschaffungswert, von dem der Abnutzungswert abzusetzen ist, den der Gegenstand unmittelbar vor dem Zeitpunkt des Verlustes aufwies;
- für Gegenstände ohne vergleichbare Wertberechnung sind Beihilfen nach freiem Ermessen festzusetzen;
- sind besonders wertvolle Gegenstände in Verlust geraten, so ist eingehend zu prüfen, ob ihre Mitnahme dienstlich erforderlich war; zutreffendfalls darf hierfür bei Festsetzung der Beihilfe als Wiederbeschaffungswert nur der Wert eines einfachen Gegenstandes berücksichtigt werden;
- für beschädigte Gegenstände, die wieder gebrauchsfähig hergestellt werden können, sind als Beihilfe die entstandenen Instandsetzungskosten zu gewähren;
- ergibt sich nach der Instandsetzung gemäß Absatz d) ein Minderwert gegenüber dem Werte des Gegenstandes unmittelbar vor dem Zeitpunkt der Beschädigung, so kann bei Festsetzung der Beihilfe

*) Sonderabdrucke dieses RdErl. können vom Ref. II C 1 des RSHA. bezogen werden.

hilfe neben den Instandsetzungskosten auch der Minderwert berücksichtigt werden.

(5) Gelangen die in Verlust geratenen Gegenstände nach Zahlung der Beihilfe wieder in den Besitz des Entschädigten, so ist dieser zur Rückzahlung der Beihilfe verpflichtet.

(6) Beihilfen können auch den Hinterbliebenen gefallener oder verstorbener Angehöriger der Sich. Pol. u. des SD bewilligt werden. In diesem Falle ist die Zahlung in nachstehender Folge zu leisten:

- a) an die Witwen,
- b) an Kinder (eheliche, legitimierte, adoptierte),
- c) an die Verwandten aufsteigender Linie, (Eltern, Großeltern, Geschwister und Geschwisterkinder),
- d) an Pflegekinder und uneheliche Kinder.

(7) Bei der Bewilligung von Beihilfen an Hinterbliebene darf grundsätzlich nur der Wert berücksichtigt werden, den die betreffenden Gegenstände z. Zt. des Verlustes hatten.

(8) Beihilfen werden aus Billigkeitsgründen gewährt, ein Rechtsanspruch darauf besteht nicht.

(9) Für die Bewilligung von Beihilfen sind zuständig:

- a) bis zu 100 RM die Führer der Einsatzkommandos,
- b) bis zu 300 RM der Befehlshaber, Beauftragte oder Chef der Einsatzgruppe des betreffenden Einsatzgebietes,
- c) über 300 RM das Reichssicherheitshauptamt.

(10) Die Dienststelle des Antragstellers hat den Beihilfeantrag rechnerisch und sachlich zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Für die Stellung von Anträgen gilt das anliegende Muster (Anlage 1). Sofern Hinterbliebene für die Gewährung von Beihilfen in Betracht kommen, ist der Antrag vom Dienstvorsetzten des Gefallenen oder Verstorbenen in Form einer Verhandlungsniederschrift zu stellen.

(11) Die zur Auszahlung kommenden Beträge sind von den Einsatzdienststellen mit Wirtschaftsstellen bei Titel 23, Unterteil 2, bei den Einsatzgruppen und -kommandos wie die übrigen Ausgaben zu buchen. Wird die Beihilfe ausnahmsweise durch eine Kassenanschlagstelle im Reich gezahlt, so sind die Ausgaben ohne besondere Bereitstellung von Mitteln beim außerordentlichen Haushalt Einzelplan XVII a, Teil V, Unterteil 14 a, unter dem entsprechenden Abschnitt zu buchen.

(12) Durch die Gewährung einer Beihilfe nach vorstehenden Richtlinien ist der Antragsteller seitens des Reiches abgefunden. Eine Unterstützung zu den nichtgedeckten Kosten wird nicht bewilligt.

(13) Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für die im Einsatz der Sich. Pol. tätigen volksdeutschen Hilfskräfte. Auf die einheimischen Hilfskräfte finden sie jedoch im allgemeinen keine Anwendung. Nur in besonderen Ausnahmefällen, insbesondere wenn diese Kräfte denselben Gefahren ausgesetzt sind, können ihnen mit Genehmigung des RSHA. unter den gleichen Voraussetzungen Beihilfen gewährt werden.

B.

Für die Gewährung von Beihilfen zulässige Gegenstände und Höchstsätze.

(1) für die Gewährung von Beihilfen für Verluste oder Beschädigungen an selbstbeschafften (eigenen)

Bekleidungsstücken und sonstigen Gegenständen kommen in Betracht:

1. Bekleidungs- und Wäschestücke:

a) Uniformstücke:

- 1 Uniformrock, 1 Stiefel- oder Reithose,
- 1 Paar lange Stiefel oder Schnürschuhe,
- 1 Paar Lederhandschuhe,

b) Zivilkleidung (Oberkleidung), soweit ihre Mitnahme dienstlich angeordnet war,

c) eigene Wäsche, Wollsachen und Hausschuhe.

2. Ausrüstungs- und Bedarfsgegenstände:

Die Gegenstände sind in der Anlage 2 aufgeführt.

3. Bargeld:

Die Höchstbeihilfesätze betragen $\frac{1}{4}$ des Monatsgehalts oder -lohnes. Anträge auf Bewilligung höherer Beihilfen für Bargeldverluste müssen dem RSHA. mit eingehender Begründung zur Entscheidung vorgelegt werden.

(2) Die Mitführung von Gegenständen, zu denen nach vorstehenden Richtlinien im Falle eines Verlustes oder einer Beschädigung keine Beihilfe gewährt wird oder die besonders wertvoll sind, geschieht auf eigene Gefahr.

C.

Schlußbestimmungen.

(1) Dieser RdErl. tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Er kann auf alle noch nicht entschiedenen Fälle angewandt werden.

(2) Abschn. I meines RdErl. vom 22. 5. 1942 (Befehlsbl. S. 136) ist durch die vorstehende Regelung überholt. Künftig sind nur noch die Abschnitte II und III dieses RdErl. betr. reichseigene Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, anzuwenden.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 365.

Anlage 1.

Antrag

auf Gewährung einer Beihilfe für Verluste oder Beschädigungen an selbstbeschafften (eigenen) Bekleidungsstücken und sonstigen Gegenständen während des besonderen Einsatzes der Sicherheitspolizei.

1.
(Dienstgrad) (Vor- und Zuname) (Einsatzdienststelle)

2.
(derzeitige Dienststelle)

3. Grund des Verlustes oder der Beschädigung:

- | | |
|--|---|
| a) Feindeinwirkung: | } Zeit und Ort
des Ver-
lustes oder
der Beschä-
digung. |
| b) im Dienst durch Unglücksfall
oder Brandschaden: | |
| c) bei unvermeidbaren Trans-
porten und Aufbewahrungen: | |

4. Kurze Schilderung des Vorganges:

.....

5. Angabe von Zeugen:

.....

6. Angabe der verlorenen Gegenstände:

Lfd. Nr.	Genaue Bezeichnung des Gegenstandes	Anschaffungsjahr und -preis RM	Wiederbeschaffungswert RM	Abnutzungswert, den der Gegenstand unmittelbar vor dem Zeitpunkt des Verlustes aufwies RM	Geldwert des verlorenen Gegenstandes (Sp. 4—Sp. 5) RM
1	2	3	4	5	6

7. Angabe der beschädigten Gegenstände:

Lfd. Nr.	Genaue Bezeichnung des Gegenstandes	Entstandene Instandsetzungskosten RM	Nach der Instandsetzung verbliebener Minderwert RM	Zusammen (Betrag Sp. 3 u. 4) RM
1	2	3	4	5

Anlage 2

8. Höhe des verlorenen Bargeldes:.....RM.

9. Angabe, ob, wann und in welcher Höhe bereits Beihilfen an selbstbeschafften (eigenen) Bekleidungsstücken oder anderen Gegenständen gezahlt wurden:

10. Angabe, ob von anderer Seite Beihilfen zu dem Verlust usw. gezahlt werden:

11. Ich versichere pflichtmäßig, daß die unter Ziff. 1 bis 10 gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen und die unter Ziff. 6 bis 8 aufgeführten Gegenstände und Bargeldbeträge mein Eigentum sind.

(Unterschrift des Antragstellers)

12. Stellungnahme der Einsatzdienststelle des Antragstellers (insbesondere auch darüber, ob die unter Ziff. 6 bis 8 aufgeführten Gegenstände und Bargeldbeträge ihrer Höhe nach nicht den notwendigen Bedarf übersteigen):

13. Angabe des Betrages, der als Beihilfe vorgeschlagen wird: RM.

14. An mit der Bitte um Genehmigung der Beihilfe.

(Dienststelle und Datum) (Unterschrift)

15. An Die Zahlung einer Beihilfe an in Höhe von RM wird hiermit genehmigt. Ein entsprechender Vermerk ist zu den Personalakten des Entschädigten zu nehmen.

....., den 194.. (Dienststelle)

(Unterschrift)

Nachweisung

der Gegenstände und Höchstbeträge, die bei der Gewährung von Beihilfen berücksichtigt werden.

Lfd. Nr.	Bezeichnung des Gegenstandes	Betrag bis zu RM	Bemerkungen
1	2	3	4
1	A. Gegenstände des täglichen Bedarfs:		
	a) Rasier- u. Waschzeug, Kamm, Bürste, Spiegel, Nähzeug u. andere Gegenstände zur Körper-, Kleider-, Schuh- u. Wäschepflege	(in angemessenem Umfang)	
	b) 1 Reisenecessaire	15	
2	Schreibgeräte:		
	1 Füllhalter	10	
	1 Schreibmappe	10	
	1 Aktentasche	20	
	1 Brieftasche	8	
3	Koffer	20	
4	1 Taschenmesser	5	
5	a) 1 Taschen- oder Armbanduhr	50	
	b) 1 Uhrkette	15	
6	1 Trauring oder Verlobungsring, sowie Ringe, die Familienandenken darstellen	25	
7	Tabak- usw.-waren:		
	a) Zigarren, Zigaretten, Tabak insgesamt	10	
	b) Pfeife, Zigarren und Zigarettenspitze nebst Etui und Feuerzeug	(je ein Stück in einfacher Ausführung)	
	c) 1 Zigarren- u. Zigaretten- tasche	je 5	
8	1 Geldtasche	5	
	B. Photoapparate und Musikinstrumente:		
9	1 Photoapparat mit Zubehör ..	100	
10	1 Saiteninstrument (Geige, Laute, Gitarre, Zither usw.)	50	
	1 Blasinstrument oder 1 Akkordeon oder 1 Ziehharmonika ..	50	
	1 Mundharmonika	5	
	Noten	10	
	C. Ausrüstungsstücke:		
	Ferngläser, Schuß- und blanke Waffen	(Betrag der Selbstkosten oder unentgeltlicher Ersatz a. Polizeibeständen)	

SD-Angelegenheiten

Bearbeitung der Unterstützungsgesuche von SD-Angehörigen.

RdErl. des RSHA. vom 27. 11. 1942

— I A 6 Nr. 832/42. —

Die Richtlinien für die Bearbeitung der Unterstützungsgesuche von SD-Angehörigen werden unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Änderungen und unter Aufhebung des RdErl. des RSHA. vom 26. 6. 1942 — I A 6 Nr. 363/42 — (Befehlsbl. S. 168) nachstehend zur Beachtung bekanntgegeben:

(1) Der Reichsschatzmeister der NSDAP. hat sich nunmehr damit einverstanden erklärt, daß ihm künftig Unterstützungsgesuche von hauptamtlich tätigen SD-Angehörigen unmittelbar durch den Reichskassenverwalter der H zur Entscheidung vorgelegt werden.

(2) Entsprechend dieser Neuregelung sind mit sofortiger Wirkung Anträge auf Gewährung von Unterstützungen über die Inspektoren (Befehlshaber) der Sich.Pol. u. des SD dem RSHA. — Ref. I A 6 — zur Weiterleitung einzureichen. Hierbei sind die vom Reichsschatzmeister der NSDAP. eingeführten Vordrucke zu verwenden, und zwar:

a) der Fragebogen zum Antrag auf Gewährung einer Unterstützung 1700/1 65 II 42 AHD 6

N./0111

b) der Vordruck für die Behandlungs- und Prüfungsvermerke 1700/1 a 65 II 42 AHD 6 a.

N./0111

Die Unterstützungsanträge werden bei den Inspektoren (Befehlshabern) der Sich.Pol. u. des SD nach wie vor von den Verwaltungsführern bearbeitet. Die Schulen der Sich.Pol. u. des SD legen die Anträge von hauptamtlichen SD-Angehörigen des Stammpersonals dem RSHA. — Ref. I A 6 — unmittelbar vor.

(3) 1. Der Fragebogen ist sorgfältig auszufüllen. Es darf keine Spalte übergangen werden. Wenn zu einzelnen Fragen Angaben nicht zu machen sind, ist „nein“ bzw. „keine“ oder eine andere zutreffende Bemerkung einzutragen. Zu Ziff. 9 des Fragebogens muß angegeben werden, wodurch die Schulden entstanden sind.

2. Dem Fragebogen ist als Anlage ein formlos gehaltenes Unterstützungsgesuch des Antragstellers, in welchem die wirtschaftliche Notlage näher begründet sein muß, beizufügen.

(4) Die nach Abs. (2) für die Bearbeitung der Unterstützungsanträge zuständigen Dienststellen — mit Ausnahme im RSHA. — haben zu dem Unterstützungsgesuch und dem Personalfragebogen in dem ersten Abschnitt des Vordrucks für Behandlungs- und Prüfungsvermerke, der allgemein für die Stellungnahme der Ortsgruppe vorgesehen ist, die Würdig-

keit und Bedürftigkeit des Antragstellers zweifelfrei darzustellen und ihren Vorschlag zu machen.

(5) 1. Die in Abs. (2) näher bezeichneten Formulare müssen von den örtlichen Parteidienststellen beschafft werden, da eine zentrale Belieferung durch das RSHA. aus technischen und kriegsbedingten Gründen nicht möglich ist. Soweit hierbei wider Erwarten Schwierigkeiten auftreten sollten, die aber nach Möglichkeit durch persönliche Verhandlungen zu beseitigen versucht werden müssen, ist unter Angabe der benötigten Vordrucke hierher zu berichten.

2. Für Angehörige des RSHA. sind in jedem Einzelfalle wegen der beschränkt verfügbaren Menge die Formulare beim Ref. I A 6 anzufordern (Apparat 46/416). Für die Stellungnahme der Dienststellen wird neben dem Personalfragebogen ein besonderer Vordruck übersandt.

(6) Unterstützungsgesuche von ehrenamtlichen Mitarbeitern des SD sind bei den zuständigen Ortsgruppen der NSDAP. vorzulegen.

(7) Bei der Durchführung zusätzlicher Fürsorgemaßnahmen ist die NSV. in Anspruch zu nehmen, soweit solche unmittelbar im Rahmen der Betreuungsmöglichkeit der NSV. liegen (z. B. die verschiedensten Arten der heil- und sonstigen gesundheitsfördernden Verschickung). In derartigen Fällen ist mit den örtlichen NSV.-Dienststellen in Verbindung zu treten. Für die SD-Angehörigen des RSHA. übernimmt diese Aufgabe das Ref. I A 6. Sofern hierbei Kosten anfallen, die den Antragsteller derart belasten, daß eine wirtschaftliche Notlage eintritt, kann außerdem ein Unterstützungsantrag eingereicht werden.

(8) Über die Gewährung einmaliger Geburtsbeihilfen, die als Besoldungsteil in Höhe von 50,— RM für jeden Geburtsfall gewährt werden, gilt die Verwaltungsanordnung des RSHA. Nr. 53 vom 3. 7. 1942. Soweit aber durch den Geburtsfall außergewöhnlich hohe Entbindungskosten entstanden sind, die von einem Versicherungsträger nicht gedeckt wurden, und infolgedessen eine wirtschaftliche Notlage hervorgerufen haben, ist wie in anderen Unterstützungsfällen zu verfahren.

(9) Darlehen dürfen nach der Anordnung des Reichsschatzmeisters aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Für Anträge auf Darlehen an die Spargemeinschaft H gilt der Erl. des RSHA. vom 15. 9. 1942 — I A 6 Nr. 938/42 — (Befehlsbl. S. 277).

10. Wegen der Gewährung von Unterstützungen an Verwundete und Hinterbliebene von gefallen Angehörigen des SD wird auf den Erl. des RSHA. vom 17. 10. 1942 — I A 6 Nr. 1016/42 — verwiesen. Für die Angehörigen des RSHA. findet der Erl. des RSHA. vom 19. 6. 1942 — I A 6 Nr. 1099/41 — Anwendung.

An die SD-Dienststellen. — Befehlsblatt S. 368.

Verschiedenes

Wohnungsfürsorge.

RdErl. des RSHA. vom 5. 12. 1942

— II C 3 Nr. 1309/42 —

Im Anschluß an den RdErl. vom 5. 11. 1942 (Befehlsbl. S. 345) gebe ich nachstehende Wohnungstauschgesuche bekannt:

8. Gesucht wird 3—3½-Zim.Wohng. in Berlin mit Zentralheizung, Bad u. Warmwasserversorgung. Geboten wird eine große 2-Zim.-Neubauwohng. in bester Wohnlage Kölns mit Kachelbad, Diele, Kammer, Zentralhgz., Warmwasserversorgung, monatl. Miete von 87,— RM.

9. Gesucht wird 7—8-Zim.Wohng. im Westen oder

Süden Berlins. Geboten wird 8-Zim. Wohng. in Kattowitz/O.S. mit Zentralhgz., Bad, Warmwasserversorgung, Loggia, Wintergarten, monatl. Miete von 155,— RM. Für den Tausch kommen nur Reichsbedienstete in Frage.

10. Gesucht wird 3-Zim. Wohng. mit Bad in Berlin. Geboten wird 3-Zim. Wohng. mit Bad in Thorn.
11. Gesucht wird 3—4-Zim. Wohng. in Berlin oder Vorort. Geboten wird 2-Zim. Wohng. mit Warmwasser, Kachelbad, Balkon in Berlin-Johannisthal, monatl. Miete 62,— RM.
12. Gesucht wird 4½—5½-Zim. Wohng. in Berlin. Geboten wird 5½-Zim. Wohng. mit Zentralhgz. u. Warmwasser in Danzig.
13. Gesucht wird 3—4-Zim. Wohng. mit Bad zu einer Miete bis zu 130 RM in München. Geboten wird 2½-Zim. Wohng. mit Bad u. Balkon in Berlin-Schmargendorf, monatl. Miete 63,45 RM.
14. Gesucht wird in Danzig eine 4-Zim. Wohng. mit Bad. Geboten wird in München-Gladbach eine 3-Zim. Wohng. mit Bad, Balkon, Ofenhgz., monatl. Miete von 56,— RM.
15. Gesucht wird in Berlin eine 2½—3-Zim. Wohng. mit Bad. Geboten wird in Stettin eine 2½-Zim. Neubauwohng. mit Bad u. Garten, monatl. Miete 48,— RM.
16. Gesucht wird eine 3—4-Zim. Wohng. in Berlin mit Zentralhgz. u. Warmwasserversorgung. Geboten wird 3-Zim. Neubauwohng. mit Zentralhgz., Warmwasser, Bad u. Balkon in Prag, monatl. Miete 100,— RM einschl. Heizung. — Für den Tausch kommen in erster Linie Reichsbedienstete in Frage.
17. Gesucht wird am Stadtrand Berlins eine 3½—4-Zim. Wohng. mit Garten, Zentralhgz., Warmwasserversorgung, evtl. auch kleines Haus. Geboten wird 4-Zim. Wohng. in Berlin (am Bayerischen Platz) mit Mädchenkammer, Bad, Balkon, Zentralhgz., Warmwasserversorgung, monatl. Miete 140,— RM.
18. Gesucht wird in Berlin 3½-Zim. Wohng. Geboten wird in Liegnitz 3-Zim. Neubauwohng. mit Bad, Ofenhgz., monatl. Miete von 60,— RM.
19. Gesucht wird 4½—5-Zim. Wohng. in Stettin. Geboten wird 4½-Zim. Wohng. in Frankfurt/Oder mit Bad, Balkon, Ofenhgz., Garage, monatl. Miete von 133,— RM.
20. Gesucht wird 2—3-Zim. Wohng. mit Bad in Berlin. Geboten wird 3-Zim. Wohng. mit Bad u. 90 qm Land in Osnabrück.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 368.

##-Schihütte am Keilberg.

RdErl. des RSHA. vom 8. 12. 1942

— II C 3 Nr. 825/42 —

(1) Die am Keilberg, oberhalb von Stolzenhain und Oberwiesenthal im Erzgebirge gelegene Schihütte wird nach völliger Neuerrichtung mit Wirkung vom 15. 12. 1942 für die Benutzung durch die Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD freigegeben. Es handelt sich um die im Jahre 1932/33 erbaute, frühere Hofbergbaude, die indessen eine durchgreifende Umgestaltung und neue Bewirtschaftung erfahren hat. Sie ist mit Zentralheizung, fließendem Wasser auf allen Zimmern und sonstigem Komfort ausgestattet, enthält 2 Aufenthaltsräume, 14 Schlafräume mit ins-

gesamt 27 Betten, sowie Bad und Brausegelegenheiten. Infolge ihrer günstigen Lage in 1100 m Höhe am Waldrand des Keilberges ist die Schihütte sowohl für Wanderungen und Spaziergänge wie auch für jede Art von Wintersport hervorragend geeignet.

(2) Für Schifahrer stehen Schier zur Verfügung. Weite, unmittelbar am Hause beginnende und sanft abfallende Hänge führen bis Oberwiesenthal und Stolzenhain hinab. Der Kurort Oberwiesenthal ist zu Fuß in etwa ¼ Stunde und ebenso der naheliegende Fichtelberg von hier mittels Schwebebahn zu erreichen. Desgleichen ist der naheliegende Keilberg, der besonders reizvoll und landschaftlich schön gelegen ist, in knapp ½ Stunde von der Schihütte zu erreichen. Auf beiden Bergen sind modern eingerichtete Hotels vorhanden.

(3) Die Bewirtschaftung erfolgt durch einen neuen Pächter. Der Pensionspreis (4 Mahlzeiten) beträgt für alle Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD sowie deren Ehefrauen und die zum Haushalt gehörenden Kinder je Tag 4 RM zuzügl. 10 % Bedienung (Kinder bis zu 10 Jahren: 2,75 RM zuzügl. 10 % Bedienung); alle übrigen Gäste zahlen 5 RM zuzügl. 10 % Bedienung. Lebensmittelmärkte, nach Möglichkeit Reisemarken, sind für die Zeit des Aufenthaltes dem Verwalter im voraus abzugeben. Desgleichen ist die Kleiderkarte zur Anbringung des Aufenthaltsvermerkes mitzubringen.

(4) Die Anfahrt erfolgt von Karlsbad mit Autobus der KVG. in Richtung über Gottesgab—Annaberg. Haltestelle ist „Waldschlössl“. Von dort ist die Schihütte 250 m entfernt. Ferner kann die Anfahrt von Chemnitz und Dresden über Annaberg mit KVG. erfolgen. Haltestelle ist hier das „Restaurant Hofberg“, gleichfalls 250 m von der Baude entfernt. Falls die Eisenbahn benutzt wird, gilt als Endstation Oberwiesenthal (Kleinbahn Annaberg/Buchholz/Oberwiesenthal), von hier Fußstrecke von ¼ Stunde.

(5) Anmeldungen sind mindestens acht Tage im voraus an die Staatspolizeistelle Karlsbad, Abt. I in Karlsbad, Obere Schillerstr. 26, Fernruf: 4981, zu richten. Die Aufnahme wird jeweils durch Einweisungsschein bestätigt, der beim Eintreffen dem Verwalter abzugeben ist.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 369.

Erholungs- und Kameradschaftsheime der Sich. Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 8. 12. 1942

— II C 3 Nr. 1496/42 —

##-Schihütte am Lenzenberg.

Die Schihütte steht während der Wintermonate im vollen Umfang für die Angehörigen der Sich. Pol. u. des SD zur Benutzung offen. Polizei-Schikurse werden in diesem Jahre dort nicht abgehalten. Anmeldungen sind künftig unmittelbar an die ##-Schihütte in Petzer (Riesengebirge)/Sud. zu richten.

##-Schihütte auf der Turracher Höhe (Kärnten).

Im Erl. vom 14. 10. 1941 (Befehlsbl. S. 313) wurde auf die Schihütte auf der Turracher Höhe hingewiesen. Die Hüttenpreise sind wie folgt neu festgesetzt worden: Benutzungsgebühr je Übernachtung 0,75 RM, Benutzungsgebühr am Tage von 8—20 Uhr 0,50 RM. Kinder unter 14 Jahren sind frei. Benutzungsgebühr für eine Garnitur Bettwäsche und Handtücher 0,80 RM.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 369.

Personalmitteilungen

Inspekture, Befehlshaber u. Kommandeure der Sich. Pol. u. des SD.

Ernannt zum **II-Gruppenführer u. Generalleutnant d. Pol.**: **II-Brigadeführer u. Generalmajor d. Pol.** Dr. Max Thomas (Befh. Kiew);
zum Reg.Assessor unter endgültiger Übernahme in den Reichsdienst (Sich. Pol.): **II-Hauptsturmführer Assessor Julius Wilbertz** (Insp. Wiesbaden);
zum Polizeirat: **II-Hauptsturmführer Pol. Ob. Insp.** Cramer (Lublin) u. **Pol. Ob. Insp.** Füssel (Warschau);
zum **Pol. Ob. Inspektor**: **II-Sturmscharführer Pol. Insp.** Distler (Befh. Metz);
zum **Krim. Inspektor**: **Krim. Ob. Sekr.** Schlude (Befh. Straßburg).

Entlassen: **Krim. Komm. z. Pr.** Gurth (Kdr. Lemberg).

Verstorben: **Krim. Komm.** Weiler (Befh. Straßburg).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum **Krim. Direktor**: **II-Sturmchef** **Krim. Rat Baumann** (Berlin);
zum **Krim. Rat**: die **II-Hauptsturmführer Krim. Komm.** Ernst Schmidt (Frankfurt/M.) u. Römer (Brünn), **II-Obersturmführer Krim. Komm.** Ziegler (Brünn), **Krim. Komm. Hein** (Schwerin) u. **Krim. Komm. Apitz** (Zichenau);
zum **Pol. Ob. Inspektor**: **II-Obersturmführer Pol. Insp.** Heinze (Magdeburg), **II-Bewerber Pol. Insp.** Pilling (Düsseldorf) u. **Pol. Insp.** Grygo (Bromberg);
zum **Krim. Kommissar**: die **II-Untersturmführer Krim. Komm. z. Pr.** Berger (Bromberg), Eugen Krause (Stuttgart) u. Walter Kainz (Nürnberg);
zum **Pol. Inspektor (4c1)**: die **Pol. Insp. (4c2)** Weymar (Frankfurt/M.) u. Erlbruck (Dortmund);
zum **Krim. Inspektor**: die **Krim. Ob. Sekretäre** Treichel (Köslin) u. Refeld (Kiel).

Versetzt: **II-Sturmchef** **Krim. Rat Dr. Grafenberger** (Nürnberg) n. Salzburg, **II-Sturmchef** **Krim. Rat Heisig** (Hohensalza) n. Nürnberg, **II-Hauptsturmführer Krim. Rat Heimbach** (Dortmund) n. Bialystok, **Krim. Rat Richard Müller** (Wien) n. Köslin, **Krim. Rat Neubourg** (RSHA.) zur Stapoleitst. Berlin;
Pol. Rat Bornes (Litzmannstadt) n. Hohensalza;
die **II-Hauptsturmführer Pol. Ob. Insp.** Geipel (Kdr. Warschau) n. Prag u. die **Pol. Ob. Inspektoren** Hasenbein (Prag) n. Danzig, Rautenberg (Kdr. Bialystok) n. Königsberg u. Sareika (Graudenz) n. Breslau;
II-Hauptsturmführer Krim. Komm. Wüst (Troppau) n. Breslau, **II-Hauptsturmführer Krim. Komm.** Reichenbach (Münster) n. Danzig, **II-Untersturmführer Krim. Komm.** Tischel (Danzig) n. Troppau u. **Krim. Komm. Baumann** (Essen) n. Trier;
II-Bewerber Pol. Insp. Koch (Köln) n. Schneidemühl, die **Pol. Insp.** Köhn (Kdr. Bialystok) n. Königsberg, Tefehne (SP.-Schule Fürstenberg) n. Köln u. Laux (Köln) zur SP.-Schule Fürstenberg.

Die Versetzung des **Pol. Ob. Insp. Hennies** n. Magdeburg ist aufgehoben worden.

Abgeordnet: **Pol. Rat Plickert** (Danzig) zum Befh. Kiew;
Pol. Ob. Insp. Michael (Befh. Krakau) n. Magdeburg.

Kriminalpolizei(leit)stellen und Krim. Abteilungen.

Ernannt zum **Krim. Rat**: **II-Hauptsturmführer Krim. Komm.** Thoms (Stettin), **II-Hauptscharführer Krim. Komm.** Kallenborn (Hamburg), **Krim. Komm. Domning** (Metz), **Krim. Komm. Heinrich Reichert** (Wuppertal);
zum **Krim. Insp.**: der char. **Krim. Insp. Schlegel** (Plauen/V.), die **Krim. Ob. Sekretäre Hoffmann** (Breslau) u. Krage (KPLSt. Bln.).

Versetzt: **Krim. Komm. Baumann** (Essen) zur Stapost. Trier.

Berichtigungen: Im Befehlsblatt Nr. 54/1942 S. 356 muß es unter „Abgeordnet“ richtig heißen: **II-Obersturmführer Krim. Komm. Neißer** (KPLSt. Bln.) zum RSHA.-VI.

Im Befehlsblatt Nr. 15/1942 S. 74 muß es statt „Verstorben: **Krim. Rat Schmidt** (Duisburg)“ richtig heißen: „Auf dem Felde der Ehre gefallen: **Krim. Rat Schmidt** (Duisburg).“

SD.

Versetzt: **II-Hauptsturmführer Arthur Welke** zum SD-LA. Dresden;
die **II-Obersturmführer Karl Walther** zum Insp. Hamburg u. **Hermann Kurth** zum Kdr. Lublin;
die **II-Untersturmführer Wilhelm Kieß** zum SD-A. Litzmannstadt, **Hans Koller** zum Kdr. Krakau u. **Walter Vath** zum Kdr. Krakau.

Kommandiert: **II-Obersturmführer Adam Scheuring** zum SD-A. Nürnberg.
Die Kommandierung des **II-Obersturmbannführers Volkenborn** (SD-A. Klagenfurt) zum E.-Gr. B ist aufgehoben worden.

Ernannt: **II-Obersturmführer Erich Panse** zum Außenstellenleiter beim SD-LA. Reichenberg;
II-Untersturmführer Franz Marel zum Sachbearb. im RSHA.-VII.

In Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum **Krim. Rat**: die **II-Hauptsturmführer Krim. Kommissare Georg Schmidt** u. **Heimbach** (beide Stapost. Dortmund).

— Befehlsblatt 1942 S. 370

Mitteilung der Schriftleitung.

Nr. 57 des Befehlsblattes (letzte Nummer des 3. Jahrganges)

erscheint am 30. Dezember 1942

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Ausgabe A

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 57

Berlin, den 30. Dezember 1942

3. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 10. 12. 42 Kinderlandverschickung. S. 371. — RdErl. 15. 12. 42 Anweisung über die Ausübung des Detektivgewerbes. S. 371. — RdErl. 15. 12. 42 Beschlagn. von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädli. und unerwünscht. Schrifttums eingereiht sind. S. 372. — RdErl. 18. 12. 42 Liste des schädli. und unerwünscht. Schrifttums. S. 373. — RdErl. 17. 12. 42 Gegenseitige Mitbenutzung des Kraftstoffkontingentes zwischen Sich.Pol. u. SD. S. 373. — RdErl. 19. 12. 42 Gehalts-

bescheinigungen f. Gefolgschaftsmitgl. mit Gehaltsbezügen über 8000 RM jährlich. S. 373. — RdErl. 19. 12. 42 Uniform, hier: Dienstgradabzeichen der //Reservisten. S. 373. — RdErl. 21. 12. 42 Anerkennungen. S. 373. — RdErl. 22. 12. 42 Zusammenarbeit der Dienststellen des Reichsnährstandes mit dem SD-RF//. S. 373. — Berichtigung. S. 374.

Verschiedenes. Fernsprechnetz. S. 374.

Personalmitteilungen. S. 374.

Sicherheitspolizei und SD

Kinderlandverschickung.

RdErl. des RSHA. vom 10. 12. 1942

— I A 6 Nr. 1110/42 —

Nachstehend wird ein RdSchr. des Reichsmin. u. Chefs der Reichskanzlei vom 11. 11. 1942 zur Kenntnisnahme und Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 371.

Vom:

Der Reichsminister und Chef
der Reichskanzlei.

Rk. 15638 B.

Berlin W 8, den 11. 11. 1942.
Voßstraße 6.

An
die Obersten Reichsbehörden.

Betr.: Kinderlandverschickung.

Mit der Durchführung der Kinderlandverschickung hat, wie bekannt, der Führer den Reichsleiter von Schirach beauftragt, zu dessen Unterstützung besonders die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, die Hitler-Jugend und der NS-Lehrerbund tätig sind. Im Auftrage des Führers weise ich darauf hin, daß andere Stellen als die vom Führer damit beauftragten sich mit Kinderlandverschickungen nicht zu befassen haben. Ich bitte Sie, in Ihrem Geschäftsbereich für die Beachtung dieser Weisung des Führers zu sorgen.

gez. Dr. Lammers.

Anweisung über die Ausübung des Detektivgewerbes.

RdErl. des RSHA. vom 15. 12. 1942

— IV E 2 d Nr. 93/42 —

Der Leiter der Fachgruppe Auskunfts- und Inkassogewerbe hat im Einvernehmen mit dem Reichs-

führer// und dem Reichswirtschaftsminister am 8. 10. 1942 eine Anweisung über die Ausübung des Detektivgewerbes erlassen, die nachstehend zur Kenntnis gegeben wird:

„Leiteranordnung.

Mit Erlaß vom 8. 10. 1942 — III. G. 4 b/26 301/42 — erklärt sich der Herr Reichswirtschaftsminister damit einverstanden, daß der Leiter der Fachgruppe Auskunfts- und Inkassogewerbe folgende Anweisung über die Ausübung des Detektivgewerbes erläßt:

Anweisung des Leiters der Fachgruppe Auskunfts- und Inkassogewerbe.

Auf Grund des § 16 der 1. VO. zur Durchf. des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. 11. 1934 (RGBl. I S. 1194) erlasse ich mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministers für die Mitglieder der Fachgruppe Auskunfts- und Inkassogewerbe, soweit sie das Detektivgewerbe betreiben, folgende Anweisung:

1. Gebaren und Werbung müssen ehrbar, klar und wahr sein. Unwahrheiten und Übertreibungen, besonders in der Werbung, sind unlauter und müssen, wo sie auch immer auftreten, beseitigt werden.
2. Da nur ein auf den Grundsätzen der Wahrheit und Unbestechlichkeit aufgebaute Geschäftsbetrieb das Gewerbe fördern kann, muß jeder Unternehmer im Geschäftsverkehr mit seinem Auftraggeber folgendes beachten:
 - a) Mit dem Auftraggeber ist ein klarer und eindeutiger Schriftwechsel zu führen. Vor allem sind die Berichte über das Ergebnis angestellter Ermittlungen in verständlicher und sachlicher Form abzugeben.
 - b) Im Bestätigungsschreiben sind die Kosten des Auftrags anzugeben, die neben dem Ersatz für

die durch die Auftragserteilung entstandenen Unkosten die Deckung der laufenden Ausgaben für die Unterhaltung des Geschäftes einschl. einer ausreichenden Entlohnung etwa beschäftigter Mitarbeiter sowie die Erzielung eines volkswirtschaftlich angemessenen Gewinnes umfassen.

- c) Das vorgeschriebene Geschäftsbuch und die anderen für die Betriebsführung erforderlichen Bücher und Unterlagen sind sorgfältig zu führen; sie müssen eine ordnungsmäßige und übersichtliche Abrechnung mit dem Auftraggeber und gegebenenfalls eine Nachprüfung der Geschäftsführung ermöglichen.
 - d) Um Unklarheiten bei der Auftragserteilung bzw. Bestätigung nach Möglichkeit auszuschalten, wird jedem Detektiv die Verwendung der in der Anlage befindlichen Auftragsbestätigung bei Entgegennahme eines jeden Auftrages zur Pflicht gemacht. Eine Zweitschrift erhält der Auftraggeber.
3. Das Interesse von Partei und Staat steht bei der Berufsausübung, insonderheit bei der Durchführung von Ermittlungen und Beobachtungen in Privatangelegenheiten, an erster Stelle. Der Detektiv hat sich stets vor Augen zu halten, daß seine Tätigkeit unter keinen Umständen den nationalsozialistischen Zielsetzungen auf dem Gebiete des Familien- und Ehelebens zuwiderlaufen darf. Im übrigen hat der Detektiv sich die erforderlichen Kenntnisse der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften anzueignen. Er muß ferner die ihm erteilten Aufträge mit Takt und unbestechlicher Objektivität ausführen. Eigene einwandfreie Führung und insbesondere politische Zuverlässigkeit ist unbedingte Voraussetzung.

Aufträge auf Beobachtungen von und Ermittlungen über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dürfen nicht angenommen und ausgeführt werden. Bestehen Zweifel, ob es sich um eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens handelt, so ist die zuständige Staatspolizei(lei)stelle zu befragen. Erscheinen in besonderen Ausnahmefällen Ermittlungen über eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens gerechtfertigt, so ist vor Übernahme des Auftrages die Genehmigung der zuständigen Staatspolizei(lei)stelle einzuholen.

Aufträge in Angelegenheiten, die eine Gefährdung der Landesverteidigung oder der öffentlichen Sicherheit besorgen lassen, dürfen nicht angenommen werden. In solchen Fällen ist jedoch die zuständige Staatspolizei(lei)stelle ohne Verzug über den Auftrag und den Auftraggeber zu unterrichten.

4. Bei der Durchführung der Ermittlungstätigkeit ist jeder Anschein amtlicher Handlungen zu vermeiden. Es ist unzulässig, Angestellte, freie oder gar nur gelegentliche Mitarbeiter eines Detektivbüros als „Beamte“ zu bezeichnen. Zulässig sind nur Bezeichnungen, die keine Amtsanmaßung bedeuten, wie z. B. „Mitarbeiter“, „Angestellter“, „Sachbearbeiter“, „Vertrauensmann“ usw. Der Gebrauch von Metallschildern, Abzeichen und insbesondere Ausweisen, die den amtlichen Ausweisen der staatlichen Organe ähneln, ist untersagt. Als allein gültige Ausweise können Briefbogen oder Karten verwandt werden, die neben dem deutlich sichtbaren Firmenkopf folgenden Text enthalten:

X. ist im Außendienst unserer Firma (meiner Firma, meines Detektivbüros) als Ermittler (Beobachter) tätig und hat die Aufgabe, private Ermittlungen durchzuführen.

(Firmenstempel)
(Unterschrift)

Dem Ausweis kann ein Lichtbild sowie die Unterschrift des Ausgewiesenen beigelegt werden.

5. Die Annahme von Lehrlingen unter 21 Jahren soll grundsätzlich unterbleiben. Ausnahmen kann die Fachgruppe Auskunfts- und Inkassogewerbe zugunsten von Kriegsteilnehmern zulassen.
6. Es ist unzulässig, in der Werbung, insbesondere in Anzeigen, in Zeitungen, Zeitschriften usw., ohne Nennung des eigenen Namens oder der eigenen eingetragenen Firma seine Leistungen anzukündigen. Nicht zu verwenden sind Bezeichnungen, die dazu geeignet sein können, ein falsches Bild über den Umfang des Betriebes zu erwecken bzw. das Ansehen des ordentlichen Detektivgewerbes zu schädigen. Der Hinweis auf die Pflichtmitgliedschaft zur Fachgruppe in Schriftsätzen sowie auf Briefbogen, Besuchskarten und Offerten ist nicht gestattet. Ebenso ist der Hinweis auf Erledigung von Aufträgen einer Behörde, einer parteiamtlichen Stelle oder einer hochgestellten Persönlichkeit verboten.
7. Vorsätzliche Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung können nach § 17 der 1. VO. zur Durchf. des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft vom 27. 11. 1934 (RGBl. I S. 1194) mit Ordnungsstrafen bis zu 1000 RM bestraft werden. Die Fachgruppe behält sich außerdem vor, gegebenenfalls die Einleitung des Untersagungsverfahrens auf Grund des Gesetzes zur Beseitigung von Mißständen im Auskunfts- und Detektivgewerbe vom 1. 2. 1939 (RGBl. I S. 266) zu betreiben.

Der Leiter der Fachgruppe Auskunfts- und Inkassogewerbe.

Dr. Küffner.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 371.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA. vom 15. 12. 1942

— IV C 3 Nr. 4174/B —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 Nr. 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) werden folgende Druckschriften mitgeteilt, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Baum, Dr. med.: „Wie beseitige ich meine Nervosität?“, Ernst'sche Verlagsbuchhandlung und Modern-Medizinischer Verlag F. W. Gloeckner u. Co. GmbH, Leipzig, o. J.;

Bonne, Georg, Dr. med.: „Das Verbrechen als Krankheit“, Verlag Ernst Reinhardt, München, 1927;

Hirth, Fritz: „Liederbuch für die deutsche Jugend“, L. V. Ender'sche Kunstanstalt, Neutitschein;

Kraiger-Porges, Josepha: „Sagen und Märchen der alten Margret“, Verlag Grethlein u. Co., Leipzig-Zürich, 1930;

Pfeifer, E. A. Prof.: „Kitzbüchel, Sonne und Pulverschnee“, Rechtsverlag R. Lechner, 1936;

Seeliger, Ewald Gerhard: „Die Entjungferung der Welt“, Gloriette-Verlag, Wien;
Weber, A. O.: sämtliche Schriften.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 372.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. des RSHA. vom 18. 12. 1942

— IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf den RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. S. 37) werden folgende neue Einreichungen mitgeteilt:

Ries, Johannes: „Der Christ zwischen Zeit und Ewigkeit“, Echter Verlag Würzburg 1942;

Rudolf, Emil: „Unter der Sonne des Maghreb“, Verlag E. Rudolf/Grüningen, Stühlingen;

Oelfken, Tami: „Nickelmann erlebt Berlin“, Verlag Müller u. I. Kiepenheuer GmbH, Potsdam, 1931;

Mosshamer, Ottilie: „Werkbuch der religiösen Mädchenführung“, Verlag Herder u. Co., Freiburg im Breisgau.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 373

Gegenseitige Mitbenutzung des Kraftstoffkontingentes zwischen der Sich.Pol. und dem SD.

RdErl. des RSHA. vom 17. 12. 1942

— II D 3 b/a (4) Nr. 2301/42 —

(1) Zur Behebung von Schwierigkeiten beim Bezug von Betriebsstoffen können sich die Dienststellen des SD und der Sich.Pol. gegenseitig mit Kontingentscheinen für Kraftstoffe und Motorenöle unterstützen, wenn zwingende dienstliche Gründe dafür vorliegen. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD Partei- und Reichsaufgaben wahrnehmen.

(2) Da eine Übersicht über die Entbehrlichkeit von Kontingentscheinen in der Regel erst gegen Ende eines jeden Monats möglich ist, ist bei der jeweils abgebenden Dienststelle darauf zu achten, daß eine Gefährdung der eigenen dienstlichen Aufgaben durch die Abgabe nicht eintritt.

(3) Die Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD haben die Zweckmäßigkeit bzw. Notwendigkeit der Abgabe von Kontingentscheinen zwischen den einzelnen Dienststellen zu überwachen.

(4) Die Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD haben sich daher nicht unmittelbar, sondern über den zuständigen Inspektor wegen der Abgabe von Kontingentscheinen in Form einer Anforderung zu verständigen.

(5) Die Inspektoren der Sich.Pol. u. des SD entscheiden, ob der Anforderung der einen oder der anderen Dienststelle stattgegeben werden soll.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 373.

Gehaltsbescheinigungen für Gefolgschaftsmitglieder mit Gehaltsbezügen über 8000 RM jährlich.

RdErl. des RSHA. vom 19. 12. 1942

— II C 1 Nr. 5195/42-256 —

Auf die Beachtung des im MBliV. S. 2245 veröffentlichten RdErlasses des RmDI. vom 30. 11. 1942 — ZK 2058/42-2140 — weise ich besonders hin.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 373.

Uniform; hier: Dienstgradabzeichen der **W**-Reservisten.

RdErl. des RSHA. vom 19. 12. 1942

— I A 1 a Nr. 927/42 —*)

Die zur Dienstleistung bei der Sich.Pol. und dem SD ohne Bezüge beurlaubten Angehörigen der **W** haben grundsätzlich die Dienstgradabzeichen der Sich.Pol. u. des SD nach dem bei der **W** erreichten Dienstgrad anzulegen. Sofern die Uniform der **W** aufgetragen wird, sind alle Abzeichen (Spiegel mit **W**-Runen, Winkel bzw. Unterführerlitzten usw.) abzulegen, aus denen auf eine Zugehörigkeit zur **W** zu schließen wäre.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 373.

*) Ergänzung zum RdErl. des RSHA. vom 28. 1. 1942 — I A 1 a Nr. 488/41 u. II C 1 Nr. 2034/42-291-13 — (Befehlsbl. S. 27).

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 21. 12. 1942

— I A 1 b Nr. 468/42 —

Bei der Durchführung einer Sonderaktion in der Bandenbekämpfung haben sich Angehörige der Einsatzgruppe B besonders hervorgetan.

Der Reichsführer-**W** wie auch der zuständige Wehrmachtbefehlshaber haben den Beteiligten ihre besondere Anerkennung ausgesprochen.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 373.

Zusammenarbeit der Dienststellen des Reichsnährstandes mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-**W** (SD).

RdErl. des RSHA. vom 22. 12. 1942

— II A 1 Nr. 2135 IV/42 —

Die nachstehend abgedruckten Erlasse des Reichsbauernführers werden zur Kenntnisnahme und Beachtung bekanntgegeben.

An Sicherheitspolizei u. SD. — Befehlsblatt S. 373.

Anlage 1.

Zusammenarbeit der Dienststellen des RNSt. mit dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-**W** (SD).

— I A 1/224/28 vom 1. 10. 1942 —

(Dienstnachrichten des Reichsnährstandes vom 17. 10. 42. F. 41.)

1. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-**W** (SD) hat als Nachrichtenorganisation für Partei und Staat wichtige Aufgaben zu erfüllen. Der Sicherheitsdienst wird damit auch im staatlichen Auftrage tätig. Dies erfordert ein enges und verständnisvolles Zusammenarbeiten zwischen dem Sicherheitsdienst und den Dienststellen des RNSt. sowie den wirtschaftlichen Zusammenschlüssen. Auf Anfrage des Sicherheitsdienstes ist deshalb im gleichen Umfange Auskunft zu erteilen, wie wenn es sich um Anfragen einer staatlichen Behörde handelt. Die Dienststellen des Sicherheitsdienstes sind ebenfalls im Rahmen des Möglichen zur Auskunftserteilung gegenüber den Dienststellen des RNSt. und den Zusammenschlüssen angewiesen.

2. Der Verkehr zwischen dem Sicherheitsdienst des Reichsführers-**W** und der Reichsdienststelle des RNSt. sowie den Zusammenschlüssen erfolgt durch den Chef der Sicherheitspolizei u. des SD (Reichs-

v. 30.12.42

sicherheitshauptamt) und durch den RBF., der Verkehr zwischen dem Sicherheitsdienst und den übrigen Dienststellen des RNSt. vollzieht sich zwischen den LBSch. bzw. KBSch. und den SD-(Leit)-Abschnitten und -Hauptaußenstellen. Alle Schreiben der KBSch. an den Sicherheitsdienst sind grundsätzlich über die LBSch. zu leiten. In Zweifelsfällen ist die gemeinsame Entscheidung bei dem Reichsführer-// und mir einzuholen.

3. Der Sicherheitsdienst des Reichsführers-// ist personell und organisatorisch eine Einrichtung der Partei. Die Mitarbeit im Sicherheitsdienst steht daher einer Tätigkeit in der Partei gleich.

Ich ersuche, entsprechend zu verfahren.

An sämtliche Dienststellen des RNSt.

— Zusammenschlüsse —

Anlage 2.

Der Reichsbauernführer
Aktz.-Z.: I A 1/224

Berlin SW 11, d. 3. 12. 1942.
Dessauer Str. 26.

An die
Landesbauernschaften.

Betr.: Zusammenarbeit der Dienststellen
des RNSt. mit dem Sicherheitsdienst des
Reichsführers-// (SD).

In Ergänzung meiner Anordnung vom 1. 10. 1942 — I A 1/224/28 — (DN. S. 867) bestimme ich, daß die in Abs. 2 der Anordnung enthaltene Regelung, nach der alle Schreiben der KBSch. an den SD grundsätzlich über die LBSch. zu leiten sind, nur für den schriftlichen Verkehr der KBSch. mit den SD-Dienststellen in grundsätzlichen Fragen gilt, die über den Zuständigkeitsbereich einer KBSch. hinausgehen. Dagegen wird von dieser Bestimmung nicht der übrige schriftliche und mündliche Verkehr der KBSch. mit den Dienststellen des SD in allen aktuellen Tagesfragen, die dem SD zur nachrichtendienstlichen Berichterstattung dienen sollen, berührt.

In Zweifelsfällen ist seitens der KBSch. fernmündlich die Entscheidung der LBSch. einzuholen.

Berichtigung.

In Ziff. 5 des RdErl. vom 21. 11. 1942 — I A 6 Nr. 1064/42 — (Befehlsbl. S. 354) muß es im Absatz a) statt „Hochschulen“ heißen: „Hauptschulen“.

(I A 6 Nr. 1064/42)

— Befehlsblatt 1942 S. 374.

Verschiedenes

Fernschreibnetz.

Zur Berichtigung des Verzeichnisses der an das Fernschreibnetz angeschlossenen Dienststellen werden nachstehende Änderungen bzw. Neuanschlüsse bekanntgegeben:

- Unter D. Bei Dorpat streiche Danzig, setze Riga.
- F. Neu: Fulda, Adst., Frankfurt/Main.
- G. Neu: Gnesen, Adst., Posen.
- K. Neu: Konin, Adst., Posen.
Bei Karlsbad streiche Reichenberg.
- L. Bei Lemberg streiche Nvst., setze Vst.
Bei Lemberg streiche Krakau, setze Berlin.
Bei Lemberg setze unter Querverb. hinzu: Krakau.
- L. Neu: Leslau, Adst., Posen.
- M. Streiche: Marienbad, Stapo-Adst., Karlsbad.
- R. Bei Reichenberg streiche Karlsbad.
- S. Neu: Saaz, Adst., Karlsbad.
Neu: Stutthof, K. L., Danzig.
Neu: SD-Leitabschn. Reichenberg, Reichenberg.
Streiche: SD-Abschn. Thorn, Danzig.
- T. Neu: Thorn, Stapo-Adst., Danzig.
- V. Neu: Veldes, Kommd. dSPudSD., Wien.

(II D 2 Nr. 2916/40)

— Befehlsblatt 1942 S. 374.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Reg. Rat unter Übernahme in den Reichsdienst (Sich. Pol.): //Hauptsturmführer Theodor Girgensohn;
zum Krim. Rat: //Hauptsturmführer Krim. Komm. Brandt.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Pol. Ob. Inspektor: die Pol. Inspektoren Gahleithner (Brünn) u. Fiedler (Chemnitz).
Versetzt: Reg. Rat Dr. Mayer (Befh. Metz) zur Stapoleitst. Prag;
die //Obersturmführer Krim. Kommissare Hellwagner (Berlin) u. Innsbruck u. Henze (Berlin) zum RSHA.

Kriminalpolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim. Rat: die Krim. Kommissare Opladen (Köln), Roscher (M. Gladbach/Rheydt) u. Winhold (Oberhausen);
zum Krim. Kommissar: //Untersturmführer Krim. Komm. a. P. Severin (Brüx).

Versetzt: //Hauptsturmführer Krim. Rat Tausch (Stettin) n. Frankfurt/M.

SD.

Versetzt: //Sturmbannführer Kurt Klauke zum Insp. Nürnberg;
//Hauptsturmführer Walter Meinecke zum Insp. Hamburg.

Kommandiert: //Hauptsturmführer Helmut Daufeldt zum RSHA.-VI.

Ernannt: //Hauptsturmführer Georg Reisch zum Hilfsref. im RSHA.-ID.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim. Sekretär: die Krim. Ob. Assistenten Albert Ulm, Adolf Sedlmayer u. Albert Grütz (sämtl. KPLSt. Frankfurt/M.), Franz Sums (Stapost. Regensburg);
zum Krim. Ob. Assistenten: die Krim. Assistenten Hans Huber (Stapost. Innsbruck) u. Heinrich Ackermann (Stapost. Regensburg).

— Befehlsblatt 1942 S. 374.